

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 17. März 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verammlungs-, Bergnügungsinserate um 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 31

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Wirkheit: Wer terrorisiert? — Führt Wirtschaftsbücher!
Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts pro 1913. — Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1912 (Schluß).
Korrespondenzen: Berlin. — Berlin (A.). — Bingen a. Rh. — Dillenburg-Horborn. — Gornmund. — Quisburg. — Frankfurt a. M. — Gütersloh. — Hamburg-Allona. — Serne. — Mannheim. — Mühlhausen i. Glf. — Putbus auf Rügen.
Rundschau: Meisterprüfungen. — Der Einfluß politischer Verhältnisse auf das Buchdruckgewerbe. — Die Papiermühle auf der buchgewerblichen Weltausstellung Leipzig 1914. — Zur Rentabilität der graphischen Gewerbe. — Mitteilungen der königlichen Akademie für graphische Kunst in Leipzig. — Geschriebe gegen Otto Schille. — Strafbare Schmeicheleien. — Parteipolitische Tendenzen in Unternehmenskreisen auf dem Gebiete der Sozialversicherung. — Buchgewerbliche Submissionsblüten. — Kostbare Seilungsauschnitte. — Preisermäßigung im Berliner Gewerkschaftshause. — Zur Entwicklung der „Vollstufkurse“. — Ärzte und Krankenkassen. — In-fälle des täglichen Lebens. — Ausgesperrte „Wirtschaftsriedliche“. Dienstbotenferien auf Kosten der Invalidenversicherung. — Wirkungen der Synchthaspolitik.

Wer terrorisiert?

In vorletzter Nummer ist in dem Bericht über die Generalversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer der Gutenbergbund einmal wieder hübsch gekennzeichnet worden. Jahrein jahraus rind dickflüssig die Scheuchel über den „verbändlerischen Terrorismus“ durch die Spalten des „Typ.“, mittels Walshzettel wird sie weiter geleitet in die den christlichen Gewerkschaften als Zersplitterungsorganismen dienbare Presse, in den Parlamenten sogar wird die Not des armen Gutenbergbundes in den falschesten Tönen geklagt und — dann wirft ein einziger Gegenstoß von Verbandsseite Tugend von solchen Terrorismuschwüdelern über den Haufen! Der Berliner Fall verdient insofern besondere Beachtung, als er zeigt, daß der Gutenbergbund überall der gleiche ist: wo er in einer Druckerei nur irgendwelchen Belang erreicht, wird die von den Geschritten so verpönte Primordial rüchlichts- und gewissenlos praktiziert. In Rheinland-Westfalen und nächstfolgend in Schlessen sind die Chancen dazu am günstigsten; aus dem „verfeuchten Westen“ könnte denn auch der Bund in seiner Terrorismusheuchelei fortgesetzt beachtet werden. Allein das geht nicht an. Die weniger verfeuchten oder überhaupt feuchten Distrikte würden dagegen opponieren. Man ist da manchmal recht oberflächlich in der Beurteilung der Mächtschancen des Gutenbergbundes. Das pflegt sich aber mit einem Schlage zu ändern, wenn das „christliche“ Anwesen im eignen Bereich unangenehm bemerkbar zu werden beginnt. Der Berliner Fall kann sich also auch in Leipzig, Hamburg oder anderswo ereignen. Wo immer aber der Gutenbergbund Gelegenheit gibt, ihn in seinem wahren Sinn und Treiben kennen zu lernen, da möge er stets so hereinlaufen wie in Berlin.

Im Dezember v. J. machte der „Typ.“ den Versuch, dem Verbands wieder zwei Terrorismusakte anzuhängen. Da wir nachgerade wissen, daß die Bundeskapitane den Anwillen, der nicht nur in einem Teile der Kollegenchaft gegen Bolschewiken mit der gelben Junst befehlt, sondern auch uns selbst beherrsch, zu Freibeutereien ausnützen und gerade derartigen Schwindel gern über die Buchdruckerkreise hinaustragen, so errichten wir von Zeit zu Zeit gegen ihre Schlammsluten einen Damm.

Der Kapitalfall „in einem Städtchen in Norddeutschland“ fand die beste Widerlegung durch die einstimmig erfolgende Abweisung des sich terrorisiert fühlenden Bündlers vor dem zuständigen Schiedsgericht. Und wie hatte man mit dieser für den Bund so faulen Sache Sensation in der Presse zu erregen versucht und den Verband schändlich verleumdete? Schließlich verfiel man auf den Gedanken, in dieser klarlegenden Angelegenheit das Sarkam mit einer Beschwerde zu beschäftigen. Wir haben über deren Ausgang noch nichts gehört, aber der Verband kann ihm in größter Ruhe entgegensehen.

Für einen andern Terrorismusmuschbrauchte der „Typ.“ den bekannten Lodde in Wald. Wenn in diesem Falle, wie wir in Nr. 9 darlegten, unsere dortigen Mitglieder nicht gut beraten waren, so liegen dennoch die Dinge anders, wie der „Typ.“ sie schildert. Eine Klage vor dem Tarifschiedsgericht endete mit Stimmengleichheit, über den Entschied des Tarifamts hat man noch nichts gehört. Das Bundesorgan hat (Nummer vom 13. Februar) von Lodde ein Bild entworfen, das immer nur in seinem Gegenteile das Richtige trifft. So wird von Lodde gesagt, er habe mit dem Überfundenunwesen aufräumen wollen, von „einigen

waschechten Genossen“ sei ihm das aber übel angerechnet worden. Dann wird Lodde quasi zu einer gemelnen Verbandsgröße gestempelt, er sei „zu Amt und Würden“ im Ortsvereine Wald gelangt. Später hätten seine „radikalen Gegner“ Loddes Ausschluß verlangt, der Gauvorstand habe es aber mit einer Rüge bewenden lassen. Nun, die Dinge liegen auch hier wieder wesentlich anders. Ende 1912 ist Lodde schon einmal im „Korr.“ naturgetreu abgemalt worden. Danach ist dieser Kronzeuge für verbändlerischen Terrorismus alles andre denn ein Überfundengegner. Er wollte vielmehr alle Überfunden an sich reißen! Es hieß damals im „Korr.“ über Lodde:

War er es nicht, der, als er allein Überfunden machte, einem Ausschlußratsmitgliede der Westdeutschen Grobdruckerei auseinandersetzte, daß viel gespart werden könnte, indem ein Stereotypur die gesamten Zeitungen („Generalanzeiger“ morgens und drei Kopfsblätter mittags) herstellten und dann auch noch drucken könnte? Und das nur deswegen, weil er Seher, Stereotypur, Galvanoplastiker, Flach- und Rotationsdrucker zu sein sich einbildet. Da bisher an der Zeitung zwei Stereotypure, ein Hilfsarbeiter und ein Rotationsmaschinenmeister beschäftigt waren, wollte er also drei Mann überflüssig machen. Das war es, was seine Mitkollegen gegen den Scharroher aufbäumte und sie veranlaßte, den Ausschlußantrag zu stellen. Als er die Probe aufs Exempel betriebs der alleinigen Herstellung machen sollte, schob er bereits morgens um 3 Uhr ins Geschäft und abends, wenn die Kollegen fort waren, war er auch noch einige Stunden im Betriebe.

In der Tat ein netter Überfundenbekämpfer! Loddes Vorstandsberichterstattung aber ist so eigner Art, daß nur blinderliche Unverfrorenheit sie zu erwähnen fertig bringt. Im Januar 1912 kam er allerdings in den Vorstand, in der Februarversammlung aber slog er schon wieder aus „Amt und Würden“! Der Gauvorstand von Rheinland-Westfalen glaube zwar durch eine Rüge den Lodde vor dem beantragten Ausschluß zu bewahren zu können, aber anstatt bester, wurde es mit Lodde immer schlimmer. Ein Proseß beim Verbandsvorstande hatte dann den Ausschluß dieses „Mutterkollegen“ zur Folge. Seine Entwicklung bis zur direkten Gemeingefährlichkeit führte im vergangenen Jahre den schon bekannten Differenzfall herbei. Als Märtyrer von „verbändlerischem Terrorismus“ nimmt sich Lodde untreulich höchst selbst an.

Über einen andern Genossen, der von uns Beschuldigung, hat der „Typ.“ seine sonstige Geschwähigkeit verloren. Vielleicht befürchtet er, dem Herrn das Geschäft als Agent provocateur in den Druckereien zu verderben, wenn er zu keiner Verteidigung sich näher mit ihm befaßt. Man kann auch sonst sehr schweigsam werden. Zum Beispiel hat der „Typ.“ zu unrer am 29. Januar gemachten Feststellung, daß ein Flugblatt des Gutenbergbundes der nicht öffentlich erscheinenden katholischen Präsidialkorrespondenz beigegeben hat, bis heute noch kein Wort gesagt. Nach Neutralfäktverlegungen des Verbandes oder im „Korr.“ werden aber wahre Treibjagden abgehalten, die jedoch stets ebenso erfolglos verlaufen, wie die so schön ausgeschmückten Terrorismusgeschichten immer als Seifenblasen enden.

Im in den Verdächtigungsmaximen gegen unrer Organisation etwas Abwechslung zu bieten, dichtete man ihm auch eine Diktatur über die Zeitungsredaktionen an. Zwar hat man mit dieser Abung nie Glück gehabt, aber vom Verbands soll nun einmal die Öffentlichkeit ein abschreckendes Bild erhalten. Terrorismusmärchen haben heutzutage ja hohen Kurswert. Der Gutenbergbund liefert mit solchen Stillförden in der Tat Wasser auf die Mühlen aller Scharfmacher. Der Ausfall von Dr. Böhm in schließlichen Landtage gegen den Verband, worüber vor einiger Zeit berichtet wurde, hat denn auch gezeigt, wie zugänglich alle gewerkschaftsfeindlichen Kreise über die ihnen von der „Arbeiterorganisation“ Gutenbergbund vorgelesenen Bissen herfallen. Wir aber konnten einen recht drastischen Fall von blinderlicher Diktatur über Zeitungsredaktionen aus Kampen meiden. Der „Typ.“ machte zwar krampfhaft Anstrengungen, seine eignen Leute von dieser Beschuldigung zu reinigen und das terroristische Treiben des stark belasteten Bündlers Quarjan in einem Licht erscheinen zu lassen, als ob dieser nur in Ausübung seiner geschäftlichen Obliegenheiten gehandelt habe. Wir waren darauf in der Lage, den Sachverhalt in seinem tatsächlichen Zusammenhang zu schildern (Nr. 12), wobei genannter Bündler noch schlechter fortkam. Der Fall muß dem Gutenbergbunde doch peinlich sein, denn einige Zeit darauf gab der „Typ.“ dem Angeklagten Gelegenheit, sich in eigener Sache selbst freizusprechen. Es war wenigstens ein Versuch dazu. Wenn der Mann auch

eine dreifache Stellung im Geschäft einnimmt: Meßkur, Redaktionshilfe und Redakteurstellvertreter, was gewiß nicht alle Tage vorkommt, so steht nach allem dennoch fest, daß er mit seiner redaktionellen Tätigkeit einen Mißbrauch treibt, indem er allen Angriffen auf den Verband und die Tariforgane Vorschub leistet. Wenn der eigentliche Redakteur sich durch eine Erklärung an den „Typ.“ selbst desavouiert, so ist das keine Sache. Ein Mann wie der genannte Bündler, der bei den christlichen Arbeiter- und katholischen Vereinen Hans Dampf in allen Gassen ist, hat doch ohne weiteres einen nicht zu unterschätzenden Einfluß. Vielen nützt er auch weidlich aus, und so entwickelte er sich zu einem veritablen Diktator in der Redaktion des ihn beschäftigenden Blattes. Es ist ja auch nicht der erste Fall, daß die Interessen des Gutenbergbundes unter Mißbrauch der geschäftlichen Stellung so gefördert werden.

Ein Terrorismusstück größerer Natur aus neuerer Zeit soll einer besondern Betrachtung vorbehalten werden.

Führt Wirtschaftsbücher!

Sparfamkeit kann die Tochter der Weisheit, die Schwester der Mäßigkeit und die Mutter der Freiheit genannt werden. Sie stellt die Selbsthilfe in einer ihrer besten Formen dar. Smiles.

Warum sollen wir Wirtschaftsbücher führen?

In unrer heuffigen Zeit, wo die Kaufkraft des Geldes so viel eingebüßt hat, erscheint es doppelt geboten, mit den Barmitteln, die dem einzelnen zur Verfügung stehen, haushälterisch umzugehen. Ganz besonders wird dies aber für alle diejenigen Kreise zur Pflicht, die nur von dem Ertrag ihrer Hände Arbeit leben müssen.

Selbst in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges stehen dem Geschäftsmanne — von sehr schwach hunderten Unternehmen allerdings abgesehen — noch Mittel genug zur Verfügung. Die ihm und seiner Familie einen angemessenen Lebensunterhalt gewährleisten. Anders steht es mit dem um Entgelt Arbeitenden; gar zu leicht wird er unverschuldeterweise das Opfer einer solchen Wirtschaftskrise. Dann ist Schmalhans Rückenmeister, und zwar noch für lange Zeit nachher, wenn der Ernährer wieder Beschäftigung gefunden hat. Wie sehr eine solche Zeit den Hausstand niederdrückt, das werden sich oftmals die Beteiligten selbst nicht bewußt, da sie meist nie in der Lage sind, auch nur annähernd den Schaden zahlenmäßig festzustellen, den sie erlitten haben.

Diesem Ubelstande soll die Hauswirtschaftsbuchführung abhelfen. Wie der Geschäftsmann, so muß auch der Arbeiter in der Lage sein, Verluste einwandfrei anzugeben. Die Buchführung soll dazu dienen, die wirkliche Lebenslage und unverschuldete Not der auf ihre Arbeitskraft Angewiesenen allen denjenigen vorzulegen, die sich immer darin gefallen, die Lage dieser Erwerbskreise als rolig darzustellen.

Eine weitere Aufgabe der Buchführung soll es sein, auf eine schlechte, leichtsinnige Wirtschaftsweise aufmerksam zu machen und den Betroffenen beizugehen zu warnen. Wenn die Nebenausgaben einen zu großen Prozentsatz des Einkommens ausmachen, dann sollen die Zahlen ihre warnende Stimme erheben und darauf hinweisen, daß dieses auf Kosten der Hauptausgaben geschieht. Die Nebenausgaben — meistens Ausgaben für unproduktive Zwecke — müssen eben auch Nebenausgaben bleiben und dürfen sich nicht zu Hauptausgaben auswachsen, denn dadurch wird jeder Haushalt lebensunfähig.

Dem gewissenhaften Haushalter wird die Buchführung am Jahreschlusse natürlich auch ein entsprechendes Lob nicht verweigern. Er möge sich seines Erfolges freuen oder aber, wenn trotz sorgfältiger Wirtschaft ein Rückwärts statt eines Vorwärts zu verzeichnen ist, mit Nachdruck die Punkte hervorheben, die sein Vorwärtsstreben hindern.

Ein genaues, buchführungstechnisch einwandfreies Material kann nicht ohne Einfluß bleiben auf das Ergebnis der Tarifverhandlungen, wenn es unsern Vertretern in genügender Weise zur Verfügung steht. Wir würden den Verfechtern unrer Sache ihr schweres Amt zu einem nicht unbeträchtlichen Teil ersichern, wenn wir ihnen dieselben Waffen in die Hand geben, die die Prinzipalvertreter schon lange besitzen. Gerade die genaue Buchführung ist eine der mächtigsten Stützen unrer Arbeitgeber! Ich möchte hier auf den Buchdruckpreistarif verweisen, der doch zum aller-

größten Teil auf die Ergebnisse der Buchführung aufgebaut worden ist. Wir sollten hieran lernen und auch unsern Verehrern mit solchen Beweismitteln zur Seite stehen.

Wenn hierbei der eine oder andere vielleicht Bedenken haben sollte, daß jedermann Einblick in seine Verhältnisse bekommen würde, so könnte dem dadurch abgeholfen werden, daß die Wirtschaftsbücher bei ihrer Verwendung zu den Tarifverhandlungen nicht den Namen des Inhabers, sondern statt dessen eine Zahl oder ein sonstiges Erkennungszeichen tragen. Der Name des Betroffenen würde übrigens dabei ganz belanglos sein.

Eine besondere Wirkung der Wirtschaftsbuchführung sei noch hervorgehoben, und das ist die Steigerung des persönlichen Interesses an eignen Haushalten. Sie erweckt einen gesunden Egoismus im Menschen, der alle die wohlthätigen Folgen zeitigt, die der englische Philosoph Smithes in dem Wort ausgesprochen hat, das ich als Motto diesen Seiten vorangelegt habe.

Die Frage: „Warum sollen wir Wirtschaftsbücher führen?“ möchte ich also kurz und bündig damit beantworten: Weil es nötig ist, immer klar und nüchtern die Verhältnisse zu überschauen, in denen man lebt, darum sollen wir der Buchführung in unserm Haushalt Eingang verschaffen!

II.

Wie soll eine hauswirtschaftliche Buchführung organisiert sein?

Die Hauptbedingungen, die an eine Wirtschaftsbuchführung gestellt werden müssen, sind größte Einfachheit und Übersichtlichkeit.

Es müssen aus ihr ohne weiteres die Antworten auf folgende Fragen hervorgehen: 1. Wieviel beträgt das Gesamteinkommen? 2. Wieviel direkte Abgaben waren zu entrichten? (Steuern, Gewerkschaftsbeiträge usw.) 3. Wieviel beträgt das Einkommen nach Abzug dieser Beträge? 4. Wieviel Wirtschaftsgeld wurde gebraucht? (Lebensmittel, Beleuchtung, Heizung.) 5. Wieviel wurde für die Neuananschaffung und für die Reparatur von Gebrauchsgegenständen verausgabt? 6. Wieviel wurde für die Wohnung ausgegeben? 7. Wieviel blieb für Bildungszwecke? 8. Wieviel erforderten die Nebenausgaben? (Sachsendgeld usw.) 9. Wieviel bares Geld konnte zurückgelegt werden? 10. Hat sich der Gesamtwert des Hausstandes erhöht oder vermindert?

Um auf diese zehn Fragen eine klare Antwort zu bekommen, wähle ich für meine Zwecke die doppelte amerikanische Buchführung, die wohl einer ganzen Anzahl von Kollegen geläufig sein dürfte. Ich fertigte mir in einem Schreibheft ein Journal mit acht Konten an. Nun konnten die Buchungen beginnen. Am die Sache kunstgerecht zu gestalten, beginne ich zunächst mit der Feststellung des Wertes aller vorhandenen Bestände, oder, wie man sich wohl kaufmännisch ausdrückt: mit der Inventur. Diese gestaltet sich sehr einfach, da mein Journal nur wenige Bestandskonten aufweist. Die ganze Aktiva besteht aus dem Barbestande der Kasse, dem Betrag eines möglichen Sparkassenguthabens und aus der abgezählten Summe der Gebrauchsgegenstände. (Das letztere geschieht zweckmäßig an der Hand der Feuerversicherungsliste.) Da ich das Schuldenmachen für etwas Unvorstellbares halte, so habe ich meine Buchführung von vornherein derart eingerichtet, daß sie überhaupt keine Stelle zum Verbuchen von Schulden hat; denn in der Hauswirtschaft ist die Inanspruchnahme von Kredit nicht empfehlenswert. Ein Personalkonto gehört aus dem Grunde nicht in ein Wirtschaftsbuch.

Der Reche nach habe ich dann die folgenden Konten im Journal eröffnet: 1. Das Erwerbshkonto; 2. das Kassekonto; 3. das Sparkassenkonto; 4. das Sachkonto; 5. das Haushaltskonto; 6. das Wohnungskonto; 7. das Bildungskonto; 8. ein Konto für Nebenausgaben.

Auf diese acht Konten werden nun die Einnahmen und Ausgaben im Lauf eines Monats verteilt. Da die einzelnen Buchungsfälle meist immer in regelmäßigen Abständen in gleicher Form wiederkehren, so wird es möglich sein, sie fast erschöpfend aufzuführen.

Der empfangene Wochenlohn ist dem Kassekonto zur Last und dem Erwerbshkonto zuzuschreiben.

Mit dem Betrage der gezahlten Steuern und Beiträge ist das Erwerbshkonto zu belasten (weil diese Ausgaben nötig sind zur Erhaltung der Erwerbsfähigkeit bzw. dazu, um die Erwerbsfähigkeit zu erhalten); das Kassekonto ist für diese Ausgaben (wie für alle ausgehenden Summen) zu entlasten.

Sämtliche Neuananschaffungen von Gebrauchsgegenständen oder Reparaturen an denselben erfolgen zu Lasten des Sachkontos, während, wie schon erwähnt worden ist, die Kasse entlastet werden muß.

Die Ausgaben für den Haushalt, für die Wohnung, für Bildungszwecke und sonstige Nebenausgaben erscheinen als Lastrücklage auf dem betreffenden Konto, während sie dem Kassekonto gutgeschrieben werden.

Das Sparkassenkonto wird belastet mit den ihm zugeschriebenen Beträgen, während die Kasse dafür entlastet wird. Für die abgehobenen Summen wird es entlastet und werden diese dem Kassekonto zur Last geschrieben.

Am Monatschlusse werden die Endsummen des Journals auf den Bilanzbogen übertragen, auf dem als neuntes Konto das Kapitalkonto erscheint. Es erfolgt am Jahreschlusse alsdann in der üblichen Weise die Schlußbilanz mit der Gewinn- und Verlustrechnung, die jedem der diese Buchführungsform kennt, vertraut ist.

Nun wird mancher Kollege beim Lesen dieser Zeilen sagen: Ja, die meisten beherrschen aber dieses System nicht! Ich möchte aus dem Grunde an die Kollegen, denen die Grundzüge der Buchführung geläufig sind, mit der

Bitte herantreten, diese Unkenntnis beseitigen zu helfen. Es wäre für sie ein sehr dankbares Befähigungsgeld.

Die Ausführung der oben beschriebenen Buchführungsform würde in der Familie dem Manne zufallen. Man kann (es ist nicht unbedingt notwendig, wohl aber wünschenswert) nun auch noch für die Frau ein sogenanntes Haushaltsbuch schaffen, das eine wichtige Ergänzung zu vorgedachter Buchhaltung bildet. Dieses Buch ist höchst einfach zu führen und würde ungefähr folgendermaßen eingerichtet sein: Nachdem entsprechender Raum für die Benennung der einzelnen Sachen gelassen worden ist, kommt ein Konto für die Haushaltskasse. In dieses wird links das empfangene Wirtschaftsgeld eingetragen (entsprechend der Eintragung im Hauswirtschaftsbuch) und rechts werden die verausgabten Beträge hingekrieben. Dahinter folgen in beliebiger Zahl Rubriken für Fleisch, Brot, Kolonialwaren, Heizung, Beleuchtung usw., in welche der Betrag eingekrieben wird, nachdem er im Kassekonto als Ausgabe eingetragen worden ist. Es muß also jede Ausgabe zweimal gebucht werden. Die Schlussumme am Ende eines Monats ermöglicht recht bemerkenswerte Vergleiche über die Lebenshaltung. Man wird durch sie in den Stand gesetzt, seine Bedürfnisse an Sachen mancherlei Art rechtzeitig zu erkennen und einzukaufen, ohne dabei auf Geratewohl wirtschaften zu müssen.

Sildesheim.

E. Specht.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts pro 1913.

a) Unfallversicherung.

Nach dem dieser Tage erschienenen Geschäftsberichte des Reichsversicherungsamts belief sich nach einer vorläufigen Ermittlung die Zahl aller im Jahre 1913 bei den Berufsgenossenschaften gemeldeten Unfälle auf 787 674, die der erstmalig entfallenden aber nur auf 139 076. Die im Jahre 1913 verausgabten Entschädigungen (Renten) beliefen sich auf 176 793 700 Mk., gegen 168 941 789 Mk. im Vorjahre.

Diese Entschädigungen wurden 1913 gezahlt oder angelenkt an:

- 893 014 Verletzte,
 - 97 625 Witwen (Witwer) Geküster,
 - 116 338 Kinder und Enkel Geküster,
 - 5379 Verwandte aufsteigender Linie Geküster;
- daneben erliefen im Jahre 1913:
- 15 498 Ehefrauen (Ehemänner),
 - 33 411 Kinder und Enkel und
 - 272 Verwandte aufsteigender Linie

als Angehörige von Verletzten, welche in Heilanstalten untergebracht waren, die gesetzlichen Unterführungen, so daß im Berichtsjahre zusammen 1 161 537 Personen Bezüge auf Grund der Unfallversicherung zugesprochen sind.

Der Unfallverhütung wurde erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. So wurden eine Anzahl neuer Unfallverhütungsvorschriften genehmigt und auch zum § 857 der Reichsversicherungsordnung Stellung genommen. Nach demselben sollen die Vorstände der Berufsgenossenschaften alljährlich Vertreter der Verletzten hinzuziehen, die dann zu den Berichten der technischen Aufsichtsbearbeiter mit Stellung nehmen und Maßnahmen mit anregen können, die zur Verbesserung der Unfallverhütung dienen. Eine dementsprechende Umleitung hat das Reichsversicherungsamt den Berufsgenossenschaften an die Hand gegeben. Auch wird darauf geachtet, daß die Berufsgenossenschaften die durch die Reichsversicherungsordnung erforderlichen neuen Maßnahmen auf dem Gebiete der Unfallverhütung und Betriebsüberwachung in den Unfallverhütungsvorschriften bald mit annehmen werden. Bei 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften sind 379 technische Aufsichtsbearbeiter angestellt, bei den 49 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften aber nur 61. Die Jahresberichte der gewerblichen Berufsgenossenschaften weisen seitens der Aufsichtsbearbeiter 63 480 Revisionsfrage nach. Im einzelnen entfallen 46 507 Frage auf Betriebsbeschäftigungen, 8018 Frage auf Lohnbuchprüfungen und 3955 auf die Kontrolle der Rentenempfänger sowie auf andre Dienstgeschäfte.

Während der ersten 13 Wochen müssen bekanntlich die Krankenkassen für die Unfallverletzten aufkommen. In Beachtung der vom Reichsversicherungsamt bereits 1911 herausgegebenen „Leitfäden für das Selbstverfahren in der Wartezeit“ sollen die Berufsgenossenschaften leitfädenmäßig die Frühbehandlung der Verletzten durch einheimliche und zielbewusstere Maßnahmen zu fördern bereit sein. Nach dem Berichte soll es auch nicht an Gegnern der auf eine umfassendere Selbstfürsorge in der Wartezeit gerichteten Bestrebungen gefehlt haben. Auf dem letzten deutschen Arztelege sind nämlich Stimmen laut geworden, die auf die Gefahren(?) hinwiesen, die sich aus der „Ausschaltung“ des behandelnden Arztes von der Behandlung ergäben. Nach dem Berichte soll jedoch zum Troste der Ärzte eine gänzliche Ausschaltung des behandelnden Arztes nicht erfolgen. Um aber doch zu einer gedeihlichen Entwicklung der Frühbehandlung zu gelangen, sind unter Vermittlung des Reichsversicherungsamts zwischen den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen entsprechende Leitfäden zur Annahme gelangt.

Bezüglich der Rechtsprechung wird eine Anzahl von das neue Recht betreffenden Entscheidungen erwähnt. So wird als Unfall „beim Betriebe“ u. a. auch der Unfall angesehen, den ein Verletzter beim Wohnempfang erleidet. Der Überfall auf eine Verkäuferin im Verkaufsladen ist ebenfalls als Betriebsunfall anerkannt worden. Dagegen sind die Berufsgenossenschaften zur Erstattung der Kosten für

die Wiederherstellung eines bei der Betriebsarbeit beschädigten künstlichen Gebisses nicht verpflichtet. Sie hoffen nach einer diesbezüglichen Entscheidung nur für Unfälle, durch welche die körperliche und geistige Gesundheit einer Person geschädigt wird.

Da jetzt eine ganze Anzahl von Unfallsachen nicht mehr rekursfähig ist, diese von den Oberversicherungsämtern somit endgültig erledigt werden, so gelangten 1913 nur noch 12 913 Rekurse, gegen 23 001 im Vorjahre, an das Reichsversicherungsamt. Die Abnahme beträgt also 43,9 v. H. Von den Rekursen wurden seitens des Reichsversicherungsamts 4519, das sind 26,6 v. H., völlig oder teilweise abgeändert. Bei den Rekursen der Verletzten betrafen die entsprechenden Zahlen nur 20,4, bei denen der Versicherungsträger aber 49,1 v. H. Somit haben auch unter dem neuen Rechte die Berufsgenossenschaften erheblich günstiger als die Verletzten abgeurteilt.

b) Invalidenversicherung.

Nach den vierjährlichen Nachweisungen der 31 Versicherungsanstalten wurden bis zum 31. Dezember 1913 insgesamt 2808 922 Rentenansprüche anerkannt. Die festgestellten Renten belaufen sich auf 2105 698 Invalidenrenten, 142 752 Krankrenten, 513 271 Altersrenten, 10 948 Witwen- und Witwenrenten, 383 Witwenkrankrenten, 35 864 Waisenrenten und 6 Zulagenrenten zusammen. Dazu kommen von 10 Sonderanstalten (Post, Eisenbahn usw.) noch weitere 162 805 Renten. Die Höhe der gezahlten Entschädigungen belief sich 1912 (für 1913 fehlen die Zahlen noch) auf 205 191 857 Mk. Die Einnahmen an Beiträgen betragen bei den Versicherungsträgern 1913 etwa 290 Millionen Mark, gegen 274 Millionen im Jahre vorher. Das Reinvermögen der Versicherungsträger wird zurzeit auf über 2 Milliarden Mark geschätzt. Wenn nun auch die Kosten für die Übernahme des Selbstverfahrens, der Bekämpfung ansteckender Krankheiten, ferner die Ausgaben für allgemeine Maßnahmen zur Verhütung vorzeitiger Invalidität, für Invalidenhilfsleistungen, für das Arbeiterwohnwesen usw. gestiegen sind, so hält es doch nach wie vor sehr schwer, namentlich die Invaliden- und Witwenrente zu erlangen. Hier wird Erwerbsunfähigkeit um mehr als zwei Drittel vorausgesetzt, und da legen die Ärzte die Prognose verbleibender Arbeitsfähigkeit gewissermaßen auf die Goldwaage.

Die Rechtsprechung fällt deshalb bei diesem Versicherungszweige noch ungünstiger aus, zumal hier der Streitfall in der Regel mit der Entscheidung vor dem Oberversicherungsamte vorbei ist. Gegen dessen Urteil ist nur noch Revision einzulegen zulässig, und die kann in der Hauptsache nur auf gesetzliche Formfehler, nicht aber auf neues Beweismaterial, z. B. ärztlicher Gutachten, gestützt werden. Dann ist aber auch hier die Revision noch für eine Anzahl von Streitfällen ausgeschlossen.

Nach der Statistik wurden von den Berufungen durch die Oberversicherungsämter zugunsten der Verletzten und Hinterbliebenen nur 17,2 v. H., zugunsten der Versicherungsträger aber 82,8 v. H. erledigt.

Von den Revisionen änderte das Reichsversicherungsamt zugunsten der Verletzten und Hinterbliebenen 1,45 ganz oder teilweise um, von denen der Versicherungsträger aber 11,64 v. H.

c) Krankenversicherung.

Da seit dem 1. Januar 1913 die Reichsversicherungsordnung in vollem Umfang in Kraft getreten ist, werden dem Reichsversicherungsamt auch die Streitigkeiten der Krankenversicherung, sofern die Revision nicht ausgeschlossen ist, unterbreitet. Von den Rekursen und Revisionen wurden nur etwa 60 v. H. im ersten Jahr erledigt. Somit sind bis jetzt Revisionen in Sachen der Krankenversicherung in Berlin noch nicht zur Verhandlung gelangt.

Dagegen hatte sich das Reichsversicherungsamt mit einer ganzen Anzahl Beschwerden auf diesem Gebiete zu befassen. Diese betrafen die Nichtgenehmigung von Kassenleistungen, die Mäßbarkeit zu den Kassenorganen, die Leistungen der Krankenversicherung, die Höhe der Beiträge usw. U. a. wird dabei auch auf den § 215 Abs. II A. B. O. verwiesen, wonach die Kassen die Leistungen auf das Krankengeld für diejenigen beschränken können, die der Versicherung freiwillig beitreten. Diese Beschränkung gilt aber nicht für Pflichtmitglieder, die sich bei eintretender Konditionslosigkeit freiwillig weiter versichern. Denselben stehen die vollen satzungsmäßigen Leistungen zu.

Hamburg.

M. Gildenberg.

Der deutsche Arbeiterklub im Jahre 1912.

III.

Von der Belugnis der Gewerbeaufsichtsbeamten, über die gesetzlich zulässige Arbeitszeit der Arbeiterinnen hinaus Überarbeit zu bewilligen, ist auch 1912 ausgiebig Gebrauch gemacht worden. Gestaltet wurden an den Wochentagen, mit Ausnahme der Sonntage, für 5865 Betriebe 6509 192 Überstunden. Im Durchschnitt kamen auf jeden beschäftigten Betrieb 1109,8 Überstunden für 87,8 Arbeiterinnen, 1911: 1025,1 bzw. 82,1. Einem Rückgang der beteiligten Betriebe um 14 geht eine Vermehrung dieser Überstunden um 482 380 festüber. Diese Zunahme beschränkt sich indessen nur auf sechs Industriezweige, und zwar vorwiegend auf die Textilindustrie mit 472 056 mehr und die Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit 254 569 mehr. Erheblich weniger Überstunden wurden u. a. in Bekleidungsindustrie und in der Papierindustrie bewilligt. Die Überarbeit an den Sonnabenden und den Vorabenden von Feiertagen ist 1912 zurückgegangen. Es wurden 215 411 solcher Überstunden gestattet (1911: 239 500) für 237 (1911: 261) Betriebe. Während 1912 24 089 Überstunden weniger aufweist, sind 1911 gegen 1910 45 000 Stunden mehr bewilligt worden. Auf jeden beschäftigten Betrieb kamen im Durchschnitt 908,9 (1911:

917,6) und auf jede betroffene Arbeiterin 44,1 (43,3) Überstunden. Nur drei Industriegruppen hatten Zunahmen von Überstunden an den Sonntagen, nämlich die Papierindustrie um 14 362, forstwirtschaftliche Produkte und Leichtstoffe um 1680 sowie die Lederindustrie um 161. Die Gruppe Metallverarbeitung steht mit 131,1 durchschnittlich einer Arbeiterin gestaffelten Überstunden an Sonntagen wiederum an der Spitze; 1911 waren es 106. Für die hieran beteiligten Arbeiterinnen ist der frühere Arbeitschluß an Sonntagen vollständig illusorisch gemacht; denn durchschnittlich hatte jede an jedem Sonnabend 2,5 Stunden länger zu arbeiten! Fast ebenso schlimm war es in der gesundheitsgefährlichen chemischen Industrie, wo auf jede Arbeiterin 101,8 Stunden (gegen 36,9 in 1911) entfielen, also jede gezwungen war, an jedem Sonnabend durchschnittlich zwei Stunden länger zu arbeiten. Auch in einigen andern Industriegruppen waren in dieser Hinsicht schlechte Verhältnisse; denn wenn jede Arbeiterin in den Gruppen Reinigungsgewerbe durchschnittlich 85,2 und in Maschinen, Instrumente, Apparate 74,7 Überstunden an Sonntagen zu leisten hatte, kann von dem gesetzlich vorgeschriebenen früheren Arbeitschluß am Sonnabend kaum noch die Rede sein.

Im allgemeinen ist die Zahl der auf eine Arbeiterin entfallenden Überstunden an Sonntagen bedeutend höher als an den andern Wochentagen zusammengenommen. Während bei den letzteren die Höchstzahl 52,6 betrug, ist sie bei den Überstunden an Sonntagen in folgenden Staaten höher: Oldenburg 171,0, Württemberg 130,5, Hessen 73,5, Bayern 69,5. Von den Luftschiffsbezirken mit hohen Durchschnittszahlen sind zu nennen: Nürnberg-Gürtel mit 156,0 und Gießen mit 159,0. Am schlimmsten war es aber im ersten Bezirke des Königreichs Württemberg, wo sogar 230,8 Sonnabendüberstunden auf jede betriebsfähige Arbeiterin entfielen; das sind für jeden Sonnabend mindestens 4,4 Stunden! Den Anträgen auf Bewilligung von Überstunden wird viel zu sehr entgegengekommen. Es wurden nämlich nur 311 Anträge auf Überstundenbewilligungen außer Sonnabends abgelehnt (1911: 263) und 80 (1911: 50) solche für Sonnabende. Die Tatsache, daß von den Bundesstaaten mit außerordentlich hohen durchschnittlichen Überstundenzahlen nur zwei der letzten Kategorie, nämlich Bayern und Hessen, mit der äußerst geringfügigen Zahl 1 bei den Ablehnungen ausgeführt sind, erscheint wohl als Beweis dafür, daß hier die Luftschiffsbehörden viel zu entgegenkommend sind in bezug auf Bewilligungen. Da wäre es gewiß nicht nötig gewesen, daß der preussische Handelsminister in einem Erlaß vom 29. März 1912 ausdrücklich befand, daß die Gewerbeinspektoren bei der Bewilligung von Überarbeit für Arbeiterinnen einen Beweis für die Dringlichkeit des Bedürfnisses nach Überarbeit unter Umständen im Verpreden eines erhöhten Lohnes für die Arbeitsstunden seitens des Arbeitgebers finden können, daß er jedoch einen allgemeinen Grundsatz, die Erlaubnis zur Überarbeit nur dann zu erteilen, wenn für sie ein erhöhter Lohn gezahlt wird, nicht zu billigen vermöge. Demgegenüber erscheinen Klagen von Unternehmern, daß die Arbeiterinnen sich weigern, Überstunden zu machen, in besonderer Beleuchtung. Zu wünschen wäre es, wenn die Arbeiterinnen energisch gegen die Überstundenmilitaristik vorgehen würden.

Nach § 105 f der Gewerbeordnung können die Gewerbeaufsichtsbeamten Sonntagsarbeit zur Verhütung eines übermäßigen Schadens gestatten. Die Zahl solcher Arbeitsstunden war 1912 um 540 424 höher als 1911. Es wurden für 3410 Betriebe 2527 925 Stunden genehmigt. Da 1911 eine Erhöhung um 537 619 Stunden zu verzeichnen war, sind in zwei Jahren für Sonntagsarbeit 1 078 043 Stunden mehr bewilligt worden. Die Zahl der durchschnittlich auf einen Betrieb entfallenden Stunden stieg von 497,3 in 1910 auf 583,2 in 1911 und 741,3 in 1912. Daß auch die beträchtliche Sonntagsarbeit ohne unverhältnismäßig hohen Schaden für die Unternehmer eingeschränkt werden könnte, ist wohl anzunehmen. Sobald erhebliche Aufschläge für die Sonntagsarbeit bezahlt werden müssen, geht es auch ohne sie. Hierfür bringt ein Bericht folgendes charakteristische Beispiel: Ein Unternehmer hatte dem Gewerbeaufsichtsbeamten wiederholt erklärt, es würde seinen Ruin bedeuten, wenn er Sonntags nicht mehr arbeiten lassen dürfe. Derselbe Unternehmer schloß dann aber mit seinen Arbeitern einen Tarif ab, der u. a. für die Sonntagsarbeit einen Aufschlag von 50 Proz. festsetzte. Auf einmal konnte der Unternehmer nun die Sonntagsarbeit entbehren und trotzdem seinen Betrieb aufrechterhalten!

Von 1902 bis 1912 nahmen die der Gewerbe- und Bergaufsicht unterstellten Betriebe um 132 664 = 74,1 Proz., nämlich von 178 936 auf 311 585. Bedeutend größer als die allgemeine Zunahme war verhältnismäßig die der Betriebe mit Tugendlichen; sie vermehrten sich um 55 952 = 91,6 Proz., von 61 050 auf 117 002. Am größten war aber prozentual die Vermehrung der Betriebe mit Arbeiterinnen, nämlich 56 234 = 123,1 Proz.; ihre Zahl wuchs von 45 699 auf 101 933. In den genannten Betrieben wurden 1902 zusammen 4 849 108 Arbeiter beschäftigt, 1912: 7 271 725, also mehr 2 422 617 = 50 Proz. Siervon kamen auf die männlichen erwachsenen Arbeiter 1902: 3 664 641, 1912: 5 339 975; sie hatten also eine Zunahme von 1 675 334 = 45,7 Proz. Die erwachsenen Arbeiterinnen dagegen stiegen von 860 087 auf 1 379 546, also um 59 459 = 60,4 Proz., und die jugendlichen Arbeiter von 316 303 auf 538 291, also um 221 988 = 70,2 Proz. Das Revisionsverhältnis stieg in diesem Zeitraum von 49,1 Proz. der Betriebe auf 54,6 Proz. und von 78,8 der Arbeiter auf 84,6 Proz. Daß dieses Verhältnis immer noch ungenügend ist, wurde schon dargelegt. Würden nicht die Gewerkschaften als vorwärtsdrängende Macht für den Schutz der wirtschaftlich Schwachen erfolgreich wirken, dann läge es in den meisten Betrieben viel trauriger aus. Dies

wird auch in den Berichten der Gewerbeinspektoren offenkundig.

Die Forderungen nach Ausbau der Statistik verhallen ungehört. Eine Zusammenfassung aller Vergehen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen gibt es immer noch nicht. Alle sonstigen Wünsche auf Ausgestaltung der Statistik haben keine Berücksichtigung gefunden. Die Statistik in ihrem jetzigen Umfange zeigt aber schon, wo wirksam eingegriffen werden könnte, das Los der Arbeiter zu bessern, und das letztere ist unendlich wichtiger als der Schutz der Arbeitswilligen, die angeblich so sehr terrorisiert werden. Dem Schreien nach besserem Schutz der Arbeitswilligen sehen wir den Ruf entgegen: Mehr Arbeiterschutz!

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. Am 7. März beging Kollege Adolf Cassel sein 40jähriges Verbandsjubiläum. Der Genannte ist hier bei der Firma W. Greve, Ritterstraße 50, seit 22 Jahren ununterbrochen beschäftigt, zuerst als Seher und dann — etwa zehn Jahre — als Magazinverwalter. Während seiner langen Mitgliedschaft hat Kollege Cassel stets die Interessen des Verbandes wahrgenommen und sich so als braver, tüchtiger Verbandskollege bewährt. Möge es ihm vergönnt sein, auch das goldene Verbandsjubiläum in gleicher Rüstigkeit zu feiern!

Berlin. (Korrektoren.) In der gutbesuchten Versammlung am 8. März wurden zuerst vier Aufnahme-geluche erledigt und vier Neumeldungen entgegengenommen. Dann machte der Vorsitzende eine Reihe Mitteilungen über die „Buga“. Der geplanten Korrektorenzusammenkunft wurde zugestimmt. Unter „Vereinsangelegenheiten“ zeigte der Vorsitzende an zwei Schulbeispielen, wie manche Prinzipale durch Stellenangebote in den Fachbüchern auswärtige Korrektoren nach Berlin locken, obwohl hier durchaus kein Mangel an Korrektoren herrscht. Nach kurzer Zeit stellte sich die Unbrauchbarkeit der „akademisch gebildeten“ Kräfte heraus, die nun nach ihrer Entlassung den Arbeitsmarkt beherrschen, die Arbeitsbedingungen verschlechtern und im übrigen der Krankenkasse zur Last fallen. Und das alles, weil eine oder zwei Mark an Wochenlohn gepart werden sollten! Nach der Statistik des Tarifamts zählt der Tarifkreis VIII (Berlin) insgesamt 374 Korrektoren. Davon kommt allerdings ein kleinerer Teil für unsere Sparte nicht in Betracht. Unsere Mitgliederzahl beträgt zurzeit 265, woraus sich die Ausdehnungsfähigkeit unseres Vereins und ihre Grenzen von selbst ergeben. Den Schlußteil der Versammlung bildete ein Vortrag des Kollegen Freuthal über den verhaunten Nichter Saphir. Hierzu war auch eine größere Anzahl Damen erschienen. — Nächste Versammlung am 5. April.

-t.- Bingen a. Rh. Die am 28. Februar abgehaltene Generalversammlung war nur von der Hälfte der Mitglieder besetzt. Trotz wiederholter Einladung fehlten hauptsächlich ältere Kollegen, was der Vorsitzende sehr bedauerte. Den Jahresbericht erstattete Vorsitzender Blachte in ausführlicher Weise. Er fand am Schluß allgemeine Zustimmung. Sodann folgte die Jahresabrechnung des Kassierers. Die vorgenommene Revision führte zu keiner Bestandung und dem Kassierer konnte für seine präzisere Kassensführung Entlastung erteilt werden. Der Bericht der Bibliothekare wurde ohne jedwede Einwendung angenommen. Bei der Wahl des Vorstandes wurden sämtliche Kollegen, mit Ausnahme der beiden Bestler, wiedergewählt. Ein längere Debatte nahm die Ansprache über die Vereinsloshafte ein, das Weitere wurde jedoch einer Kommission übertragen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten konnte der Vorsitzende die in allen Zeilen sachlich verlaufene Versammlung mit dem Wunsche schließen, daß das neue Geschäftsjahr zur Zufriedenheit aller Kollegen sich gestalten möge. — Am 14. Februar feierte der Ortsverein im Kreise seiner Angehörigen und Freunde das 13. Stiftungsfest, das einen recht würdigen und gemüthlichen Verlauf nahm. Vom Bezirksvereine waren anwesend die Kollegen Conrad und Wenich, welcher ersterer die Zeitschrift mit einer interessanten Ansprache erfreute.

Wittenburg-Herborn. (Vierteljahrsbericht.) Untere am 3. Januar stattgehabte Generalversammlung hatte einen sehr schlechten Besuch aufzuweisen. Der vom Kassierer erstattete Kasfenbericht weist am Schluß des Jahres einen Bestand von 95,83 Mk. auf. Sodann erstattete Vorsitzender Schuler in eingehender Weise den Jahresbericht. Neben einem Mitgliederbestande von 15 Kollegen sind in beiden Orten noch 12 Mitverbänder, darunter 3 Gutenbergsbündler, vorhanden. Der Besuch der Versammlungen im abgelaufenen Jahre hätte besser sein können. Der Vorstand wurde bis auf den Schriftführer wiedergewählt. — Die Februarversammlung hatte sich eines bessern Besuchs zu erfreuen. Kollege Heun (Wittenburg) gab kurz einige Erläuterungen zur Buchgewerbeausstellung in Leipzig 1914. Weiter wurde u. a. beschlossen, das Stiftungsfest in Gestalt eines Herrenabends zu begehen. — In der Märzversammlung hatte sich ein Kollege aus Herborn zur Aufnahme gemeldet, der einstimmig dem Savorstande zur Aufnahme empfohlen wurde. Sodann mußte eine Ertragwahl für den Kassierer vorgenommen werden, da der jetzige Kassierer von hier abreiste. Als solcher wurde Kollege Braun (Herborn) gewählt. Für das im Juli in Wittenburg stattfindende Bezirksjahrestreffen wurde zur Unterfertigung des Vorstandes noch eine besondere Kommission gewählt.

w. Dorkmund. Die erste Versammlung des Bezirkes fand am 1. März in Dorkmund statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende mit erbrenden und anerkennenden Worten des verstorbenen Kollegen Lindauer (Soest). Der Kasfenbericht gab zu Einwendungen keinen

Anlaß, wenn man von dem bescheiden Abel, dem Restanten, abließ. Dem Vorstande wurde der Jahresbericht erstattet. Der Jahresbericht des Kassierers gab der Versammlung kund, daß sich unser Bezirkskassier in gesunder, aufsteigender Entwicklung befindet. Die Vorstandswahl ergab die alte Zusammenlegung. Für den am 10. und 11. Mai in Nachen stattfindenden Gaug wurden drei Anträge gestellt. Als Kandidaten zu dieser Tagung wurden 13 Kollegen aufgestellt, von denen 6 zu wählen sind. Die nächste Versammlung findet am 17. Mai, vormittags, in Soest statt mit anschließendem Nachmittagsausflug zur Möbnelalperre. Nach kurzem Schlussworte des Vorsitzenden wurde die von 180 Kollegen besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Bezirk Duisburg. Am 1. März fand unsere erste diesjährige Bezirksversammlung in Oberhausen statt. Erschienen waren aus Duisburg 40, Hamborn 32, Mülheim 32, Oberhausen 31, Ruhrort 19, Sterkrade 9; im ganzen 134 Kollegen. Zunächst gedachte Vorsitzender Paleßki der im vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder unseres Bezirkes, deren Andenken von der Versammlung in üblicher Weise geehrt wurde. Unter Punkt „Gesellschaftliches“ freiste der Vorsitzende u. a. die jetzt abgeschlossene Tarifbewegung im benachbarten Österreich sowie die vom verstorbenen Kollegen Rehhäuser stammende Broschüre „Dokumente eines Sterbenden“, dabei die Kollegen zur Vorsicht ermahnd, da unser Verbandsvorstand zu dieser noch nicht Stellung genommen habe, während sie andererseits von unsern lieben „christlichen“ Brüdern mit Jubel begrüßt werde. Weiter erstattete Kollege Paleßki den Jahresbericht und im Anschlusse daran den Bericht von der Bezirksvorsichterkonferenz. Aus dem erstern ist erwähnenswert, daß die Mitgliederzahl des Gutenbergsbundes im hiesigen Bezirke zurückgegangen ist; ein Zeichen, daß die Bestrebungen dieser Anzorgansaktion im Duisburger Bezirke keinen Boden finden. Nach Erlegennahme des Kasfenberichts wurden die aufgestellten Kandidaten zum Gaugtage bekanntgegeben. Zum Schluß wurden die zum Gaugtage gestellten Anträge und Anregungen durchberaten und einstimmig angenommen. Nach einem lebhaften Appell an die Anwesenden, im laufenden Jahre sich eifrig am Verbandsleben zu beteiligen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Sn. Frankfurt a. M. (Generalversammlung vom 8. März.) Die Generalversammlung unseres Bezirkes erfreute sich eines regen Besuchs; es wäre „eine Lust zu leben“, würde es auch so in der Zukunft bleiben. Die reichhaltige Tagesordnung wurde glatt erledigt, hier und da durch sachliche Diskussion unterbrochen. Unter „Gesellschaftliches“ erinnerte Kollege Repekts an die von der ersten Aprilwoche an auszufertigende Überstundenstatistik. Die mit teilweise Erfolge für die Kollegenchaft bewendete Tarifbewegung in Österreich wurde vom Vorsitzenden kurz rekapituliert. Es soll, wenn das Gesamtergebnis vorliegt, den Kollegen Gelegenheit zur Stellungnahme geboten werden. Zu den herausgegebenen „Dokumenten“ des verstorbenen Kollegen Rehhäuser nahm Kollege Salomon zu einer Erklärung das Wort. Er führte darin aus: „In den „Dokumenten“ wird mir in meiner Eigenschaft als Schriftführer vorgeworfen, bei der Abfassung der „Korr.“-Berichte, die sich mit Rehhäuser's Unsniederlegung in Frankfurt befassen, geschwindelt zu haben. Ich stelle fest, daß ich das Wort „Unfähigkeit“ in den beiden Berichten in Nr. 113 und 123 des „Korr.“ vom Vorjahr überhaupt nicht angewandt, sondern lediglich zum Ausdruck gebracht habe, daß Rehhäuser sich außerstande erklärte, das Amt des Vorsitzenden zu versehen. Eine halbe Stunde nach beendigter Vorstandssitzung, in der Rehhäuser sein Amt wieder niederlegte, war ich mit dem Gesamtvorstand unter Anwesenheit Rehhäuser's an einer internen Zusammenkunft beauftragt. Dorselbst wurde mir eingehend Bericht erstattet. Daß meine Berichte nicht in einem Loblied auf Rehhäuser ausklingen konnten, war in Anbetracht seiner Handlungsweise den Frankfurter Kollegen gegenüber selbstverständlich. Ich habe ihn selbst an dem betreffenden Abend auch keinen Augenblick darüber im Zweifel gelassen. Daß ich die Gelegenheit benutzte, aus frühern Vorkommnissen (Hanau) herrührend ihm eins auszumischen, entspricht ebenfalls nicht der Wahrheit, da ich während meiner Tätigkeit in Hanau mit Rehhäuser keine persönlichen Differenzen hatte.“ Eine Reihe Aufnahme-geluche wurden dem Savorstande beifürwortend überwiesen, zwei Mitglieder mußten zum Ausschluß empfohlen werden. Der gedruckt vorliegende Jahresbericht, der noch einige Erläuterungen durch den Kassierer Neus erfuhr, zeltigte eine kurze Debatte. Hervorzuheben hieraus sind die Klagen über den zunehmenden Maternauswachs beflieger Zeitungsunternahmen. Es wurde mit Recht betont, daß trotz großer Arbeitslosigkeit im Bezirke durch diese Geschäftspraktiken den Gehilfen immer mehr Arbeitsgelegenheit genommen wird. Ein positives Ergebnis zur Eindämmung dieses Abels zeltigte die Versammlung nicht. Kollege Grünwald empfahl den jüngern Kollegen, bessern Gebrauch von den vorhandenen Bildungsmöglichkeiten zu machen, in seiner Eigenschaft als Schiedsgerichts-vorsichtender müßte er sehr oft in den eingereichten Klageschriften die Mängel der Schulbildung korrigieren. Im übrigen wurde die Tätigkeit des Vorstandes anerkannt und auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Die Neuwahl zeltigte das Ergebnis, daß bis auf zwei Kollegen, die eine Wiederwahl ablehnten, der Vorstand erneut beauftragt wurde. Die Remunerationen wurden den Sähen des Vorjahres entsprechend bewilligt. Die Vertrauensleute, die bisher Sitzungsgelder nicht erhielten, sollen für die Folge ebenfalls 50 Pf. pro Sitzung erhalten. Maschinen-messeverein und Typographische Gesellschaft Frankfurt hatten zur Generalversammlung den Antrag gestellt, den Mitgliedern des Bezirkes, welche die internationale graphische Ausstellung in Leipzig besuchen, das Eintrittsgeld

für dreimaligen Besuch aus der Bezirkskasse zurückzuführen, Dieser Antrag fand nach kurzer Begründung Annahme. Nach Erledigung einiger Interna konnte Kollege Repéks die von guter Stimmung getragene Versammlung schließen.

Sätersloh. (Vierteljahrsbericht.) In der Januarversammlung erstattete der Vorsitzende einen übersichtlichen Jahresbericht mit der Anwesenheitsliste sämtlicher Mitglieder. Vom Kassierer wurde der Kassensbericht gegeben und ihm Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurden sämtliche Kollegen bis auf den Bibliothekar wiedergewählt. — Die Februarversammlung beschäftigte sich hauptsächlich nach einem Referate des Kollegen Funke (Zielefeld) mit der Gründung einer Topographischen Vereinigung. Um leistungsfähiger zu sein, schließt sich die heilige Vereinigung der Zielefelder als Untereinheit an. Zwei Drittel der Mitglieder trafen der Vereinigung bei. Als Unterichtslokal ist von der Stadtverwaltung der Zeichenaal der gewerblichen Fortbildungsschule zur Verfügung gestellt worden. Mit einem Kursus im Schriftschreiben wurde schon begonnen. — Zu der Versammlung am 7. März waren die Mitglieder fast vollständig erschienen, um zu der Korbischen Broschüre „Dokumente eines Sterbenden“ Stellung zu nehmen. (Den Wortlaut des gefassten Beschlusses veröffentlichen wir in der geplanten Zusammenstellung aller Stellungnahmen. Red.)

Samburg-Altona. (Generalversammlung am 1. März im „Gewerkschaftshaus“.) Vorsitzender Dreier eröffnete die Versammlung mit der Mitteilung, daß seit der letzten Versammlung Kollege W. Mügge gestorben sei. Zu Ehren des Verstorbenen erhoben sich die Mitglieder. Ausgeschlossen wegen Arztes wurde ein Mitglied. Kollege Kuntler machte sodann auf die in etwa vier Wochen stattfindenden Wahlen für die Krankenkasse in Altona aufmerksam und forderte die Altonaer Kollegen auf, recht eifrig für diese Wahlen zu agitieren. Zu dem gedruckt vorliegenden Jahresberichte gab der Verwalter weiter noch einen kurzen mündlichen Bericht, dabei die markantesten Ziffern und Feststellungen im Berichte streifend. In einer längeren lebhaften Debatte wurde der Vorstandsbericht im großen und ganzen gut bewertet. Gewünscht wurde, daß in diesem Jahre noch mehr Vorträge auf volkswirtschaftlichem Gebiete stattfinden, und daß außerdem Lichtbildervorträge wie im Vorjahre veranstaltet werden. — Nach dem Berichte der Redatoren ging Kollege Kuntler in seinem Schlusswort noch auf die Wünsche der einzelnen Redner ein, dabei besonders, daß innerhalb des Vorstandes ein gutes Zusammenarbeiten zu konstataren sei. Hierauf wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Als Kandidaten für die Vorstandswahl wurden u. a. aufgestellt als erster Vorsitzender W. Dreier und als Vervorwalter Fr. Kuntler. Der Topographischen Gesellschaft Samburg wurden 150 Mk. bewilligt. Die Versammlung war sehr gut besucht.

OST. Berne. (Quartalsbericht.) Inre Januarversammlung, die nicht besonders gut besucht war, nahm einen Vortrag des Konsumvereinsbeamten Kremer entgegen über: „Gewerkschaften und Konjunktionsgesellschaft“. Der Bessall der Kollegen beklundete deren Einverständnis mit dem Referenten, daß alle Gewerkschaftler auch der Konjunktionsgesellschaft angehören sollen. Für die Gewerkschaftsbibliothek wurde ein Extrabeitrag von 10 Mk. bewilligt. — Die zweite Versammlung am 7. Februar wies eine interessante Tagesordnung auf, insofgedessen der Besuch besser war. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erstattete Kassierer Buchmüller den Kassensbericht. Als Referent war unser Bezirksvorsitzender Friedemann (Bodum) erschienen. In seinem Vortrag erstattete er Bericht von der Gauvorsitzerkonferenz und verknüpfte in geschickter Weise damit unsere organisatorischen Aufgaben. — Unsere letzte Versammlung fand am 28. Februar statt. Mit dem erhöhten Kartellbeitrag erklärte sich die Versammlung einverstanden. Zum Schlusse fanden noch einige örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung. Trotzdem der Vorstand befreit ist, die Versammlungen äußerst interessant und lehrreich zu gestalten, lassen es einige Mitglieder an nötigen Interesse fehlen.

G. Mannheim. Inre letzte Mitgliederversammlung, die am 28. Februar stattfand, hatte wiederum einen guten Besuch aufzuweisen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Kollege Lauser dem verstorbenen Kollegen Wilhelm Cramer (Meister im „Generalanzeiger“) einen ehrenden Nachruf. In den Verband aufgenommen wurden zwei Kollegen. Unter „Geschäftlichem“ teilte Kollege Lauser mit, daß für Mittwoch, den 18. März, abends 8½ Uhr, von den Kollegen ein gemeinsamer Besuch der Ausstellung „Neues Bauen“ in der Kunsthalle geplant sei, und hoffe er, daß sich alle Kollegen hieran beteiligen. Es wurde noch die Anstellung eines weitem Arbeitersekretärs durch das Gewerkschaftskartell besprochen und einer Erhöhung der Beiträge von 15 auf 20 Pf. pro Mitglied und Jahr zugestimmt. Durch zweimalige Abkündigung wurde festgestellt, daß das diesjährige Johannisfest durch einen Auszug gestiftet werden soll. Das Nähere wird die nächste Versammlung beschließen. Die Ausstellung in Leipzig wurde ebenfalls einer Besprechung unterzogen; es soll versucht werden, den am Besuche der Ausstellung teilnehmenden Kollegen einen Zuschuß von der Stadtverwaltung zu erwirken. Gleichfalls ist aus Mitgliederkreisen angeregt und beantragt worden, daß auch aus der Bezirkskasse eine Beisteuer geleistet wird. Ebenso steht man voraus, daß unsere Herren Prinzipale sich loyale zeigen und an den Eöhnen der die Ausstellung besuchenden Kollegen keinen Abzug vornehmen werden, vorausgesetzt, daß deren Abwesenheit vom Geschäft nicht von allzu langer Dauer ist. Wünschenswert wäre es, wenn in dieser Hinsicht die Ausstellungszentrale auf unsere Prinzipalität einen gewissen Einfluß ausüben würde. Der (inzwischen geschlossenen) Sam-

lung für die Witwe unfres ermordeten Kollegen Soltinger in Leichen wurde ebenfalls ein Betrag zugeführt.

Mühlhausen i. Elb. Einen guten Besuch wies die am 4. März abgehaltene Versammlung auf. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde vom zweiten Vorsitzenden des auf so fraurige Art uns Leben gekommene Kollegen Soltinger (Leichen) gedacht. Eine Unterföhrung für dessen Familie wurde bereits abgehandelt. Dann wurde ein Aufnahmegeruch in zukommendem Sinn erledigt. Zum Goutage, der Offern hier stattfindet, fanden zwei Anträge einstimmige Annahme. Das von der Festkommission aufgestellte Programm für das am selben Tage stattfindende 40jährige Stöftungsfest des Bezirksvereins wurde mit einigen Änderungen von der Versammlung gutgeheßen. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Albert Meyer mit 55 von 56 abgegebenen Stimmen zum ersten Vorsitzenden gewählt, während es mit dem übrigen Vorstande beim alten bleibt. Hierauf entspann sich noch eine Aussprache über die paritätische Lehrlingsprüfungscommission, deren Mitglieder darüber klagen, daß die Prinzipale in letzter Zeit jede Mitarbeit ablehnten. Später wären sie aber die ersten, die über mangelnde Leistungsfähigkeit der Gehilfen sich entriüsten, trotzdem sie aber nichts dafür tun wollen, um ungeeignete Elemente von unserm Gewerbe fernzuhalten. Es kamen hierbei auch einige ganz fraze Fälle der Unterbiegung bei Submissionen unter tarifstreuen Prinzipalen zur Sprache. Daraus konnte man ersehen, daß die lauten Klagen über die angeblich zu hohen Löhne der Gehilfen vollständig unberechtigt sind; aus den Unterbiegungen ergibt sich etwas anderes. Zum Schlusse richtete der in der Versammlung anwesende Gauvorsitzer Wagner noch eraste Worte der Ermahnung zum freien Zusammenhalten und Güteinanderarbeiten der Kollegen untereinander an die Versammelten, dabei betonend, daß nur dann unfre stolze Organisation allem Kommenben ruhig entgegensehen könne, wenn sie eine geschlossene Kollegenchaft in sich vereinigt. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, immer so zahlreich zu erscheinen, wurde die anregend verkaufene Versammlung geschlossen.

Autbus auf Rügen. Inre am 7. März abgehaltene Mitgliederversammlung besaße sich zunächst mit der bekannten Korb-Broschüre. (Die Entschöpfung in dieser Sache veröffentlichen wir, wie gefagt, an anderer Stelle. Red.) Von einem Grefswalder Gutenbergbündler wurde in letzter Zeit unfre Mitgliedschaft durch Zuforderungen auch Art befestigt, um auch im überstren Norden durch Versprechungen aller Art Mitglieder für den „Bund der auf christlich-nationalen Boden Stedenden“ zu fangen. „Aber nir to maken!“ Des im Kampfe gefallenen Kollegen Soltinger wurde ehrend gedacht. Nach Durchsprchung der Tagesordnung zur Bezirksversammlung in Anklam wurde die Versammlung geschlossen.

Erklärung.

In Unterzeichneten wandte sich einer von den sekkens Rehhäuser in den „Dokumenten“ aufgerufenen „Kronzeugen“. Einen Namen zu nennen, hüfte sich R. Da ich aber in der Leipziger Mitgliederversammlung am 5. März den Namen des verdächtigen Kollegen erwähnte, mich aber inzwischen überzeugen konnte, daß auch er nicht in Betracht kommt, so frage ich seinem Ersuchen, die Sache klarzustellen, gern Rechnung.

In seinen „Dokumenten“ schreibt Rehhäuser u. a.: „Ich hatte leider der Warnung meines Kollegen M. in Solingen, mich vor Krahl zu hüten, keine Beachtung geschenkt.“ Wie ich in meiner persönlichen Erklärung in der Beilage zu Nr. 27 schon sagte, ist mir auf eingezogene Erkundigungen in Solingen von dort geantwortet worden, daß kein Kollege in Solingen, dessen Familienname mit dem Buchstaben M beginnt, mich, der in Solingen noch gar nicht war, weder persönlich kennt, noch mit Rehhäuser über mich gesprochen habe. Da hiernach indes noch nicht angenommen werden konnte, daß Rehhäusers Behauptung den Tatsachen überhaupt nicht entspricht, so lenkte sich der Verdacht der „Kronzeugenschaft“ loslagen von selbst auf einen andern Kollegen M., der einmal in Solingen Vorsitzender war, vor einer Reihe von Jahren aber nach Leipzig übergesiedelt ist. Daß dieser nun Rehhäuser vor mir gewarnt haben könnte, war, wie ich bereits in Nr. 27 darlegte, nicht möglich, denn er befand sich in Leipzig stets in ausgesprochenem, bei jeder Gelegenheit bekundeter Gegnerschaft zu Rehhäuser. Dessen Behauptung hüfte also nur auf die Solinger Zeit des in Frage kommenden Kollegen M. zurückzuführen werden können. Nachdem derselbe mich nun persönlich aufgesucht und sich in entschiedenster Weise dagegen verwarbt hat, in Solingen niemals mit R. über mich ein Wort gesprochen zu haben, zumal er mich überhaupt erst in Leipzig kennen lernte, hier aber sein stadtbekanntes Verhältnis zu R. eine solche „Kronzeugenschaft“ von vornherein ausschließen muß, so entfällt auch von diesem Kollegen jedweder Verdacht. Dadurch wird das in „Korr.“ wie in der Leipziger Versammlung (5. März) von mir in bezug auf den betreffenden Gesagte gegenstandslos. Ich stelle im weitem fest, daß dieser Kollege auch noch Mitglied des Verbandes ist, was ich in Anbetracht seiner besondern Beschäftigungsart glaube bezweckeln zu können.

Was von den Behauptungen Rehhäusers in seinen „Dokumenten“ zu halten ist, kann man aus dem Frankfurter Versammlungsbericht in dieser Nummer ebenfalls ersehen. Die Solinger Warnungsgeschichte entbehrt aber sogar der wesentlichsten Voraussetzung: es ist überhaupt kein „Kronzeuge“ dafür vorhanden! W. Krahl.

o o o o o Rundschau o o o o o

Meisterprüfungen. Vor der zuständigen Prüfungscommission legten die Kollegen Ernst Leffner in Hinderhain (Bogland), Alex Schürgers, Heinrich Rips, Karl Döhne und Johannes Eilmanns in Krefeld, Bernhard Dix, Heinrich Eßbr und Wilhelm Mößlenböck in Homberg-Mörs-Rheinberg, Michael Karpfen in Bergedorf, R. Zech, F. Schmidt und G. Krüger in Berlin die Meisterprüfung ab.

Der Einfluß politischer Verhältnisse auf das Buchdruckgewerbe. Was wir schon oft betont haben, daß die politischen Verhältnisse auch besondere Rückwirkungen auf das Buchdruckgewerbe zeitigen, wird u. a. durch den Jahresbericht der Zielefelder Handelskammer für das Jahr 1913 abermals bestätigt. Es heißt darin: „Die Buchdruckereien waren im Berichtsjahre nicht so gut beschäftigt wie im Vorjahre. Trotzdem gelang es ihnen, im großen und ganzen den Betrieb aufrechtzuerhalten, ohne die Arbeiterzahl zu beschränken. Die politischen Verhältnisse haben auch im verflochtenen Geschäftsjahre dahin gewirkt, daß große Aufträge in Katalogen und Reklamefachen von der Großindustrie nicht erteilt wurden.“ Und da gibt es noch Leute, die es uns verübeln wollen, wenn wir die Interessenvertretung unfres Gewerbes auch unter entsprechender Stellungnahme zu politischen Erscheinungen wahrzunehmen suchen, die verschiedenartig sogar eine Neutralitätsverletzung schon daraus konstruieren wollen, daß wir nicht gegen gewerbeschädliche und arbeiterfeindliche politische Strömungen den Kopf in den Sand stecken, sondern unfre Leser darauf aufmerksam machten, sich ihrer diesbezüglichen Pflichten auch als Staatsbürger mehr bewußt zu werden!

Die Papiermühle auf der buchgewerblichen Weltausstellung Leipzig 1914. Nachdem beschlossen worden war, auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik die 200 Jahre alte Sannsburger Papiermühle als eines der interessantesten Objekte zu zeigen, wurden deren Betriebseinrichtungen von dem technischen Direktor der Ausstellung, Kaiserl. Baurat Dr. Nikolaus, geprüft. Bei dem ehrwürdigen Alter der Mühle waren natürlich einzelne Teile baufällig geworden, so daß sich deren Reparierung resp. Ergänzung nötig machte. Ehe man daran denken konnte, die Mühle zwecks Überführung auf die Ausstellung zu verladen, mußte sie in ihre Bestandteile zerlegt und zurechtgemacht werden. Bei dieser Arbeit mußte man Sorge tragen, daß die historische Treue gewahrt, dabei aber doch vollkommene Betriebssicherheit erreicht wurde. Nunmehr liegt die Mühle, in ihre einzelnen Teile zerlegt, vollkommen verladensfertig da, doch muß mit dem Verlande selbst gewartet werden, bis der Bau des Bahnhofes Sannsburg beendet ist. Alsdann wird die Mühle nach der Ausstellung überführt werden, und wie einst in dem idyllischen Winkel am alten Elsterflusse werden dann auf der Buchgewerbeausstellung ihre Räder klappern. Den Betrieb der Mühle übernimmt die Firma J. W. Janders in Bergisch-Gladbach, die genau in der alten Weise aus Lumpen die verschiedensten, bei Kennern so beliebten Züfienpapiere auf der Ausstellung herstellen wird. Ganz besonders Wert gewinnen die Erzeugnisse der Papiermühle dadurch, daß sie auch benutzt werden sollen, um Drucke in naturgetreuer Nachbildung anzufertigen. Zu diesem Zwecke sind an die alle Papiermühle historische Werkstätten angegliedert, in denen alte Letzern mit der Hand gegossen, zusammengekehrt und zum Drucke verwendet werden. Durch das Entgegenkommen verschiedener Firmen, die die nötigen Gerätschaften zur Verfügung stellen, wird es ermöglicht werden, alte, besonders interessante Drucke neu herzustellen, die auf der Ausstellung auch zum Verkaufe gelangen sollen.

Zur Rentabilität der graphischen Gewerbe. Eine interessante Zusammenstellung über die Rentabilität der graphischen Gewerbe veröffentlichte dieser Tage die Calwerische Wochenchrift für Kapital und Arbeit „Die Konjunktur“. Es weist danach das vergangene Jahr einen kleinen Rückgang der Rentabilität im Vergleiche zum Jahre 1912 auf. Das Aktienkapital von 90 einhelllich kontrollierbaren graphischen Unternehmungen zeigte im Jahre 1913 eine Verminderung von 64,5 Millionen Mark im Jahre 1912 auf 63,6 Millionen Mark. Ebenso ging die Summe der an die Aktionäre ausgezahlten Dividende in der gleichen Periode von 4,4 auf 4,3 Millionen Mark zurück. Innerhalb der letzten fünf Jahre bewegte sich die Dividende zwischen 5,8 und 6,9 Proz. Der Reingewinnüberschub im ganzen wies für die Jahre 1908 bis 1913 der Reihe nach folgende Unterschiede auf: 1908 = 7,2 Proz., 1909 = 8,6 Proz., 1910 = 11,1 Proz., 1911 = 10,7 Proz., 1912 = 10,9 Proz. und 1913 = 10,2 Proz.

„Mitteilungen der Königl. Akademie für graphische Kunst in Leipzig.“ Unter vorstehendem Titel erscheint von jetzt ab regelmäßig eine neue graphische Zeitschrift in Oktavformat (Welformat). Inhalt und Form der „Mitteilungen“ sollen nach dem Geleitworte des Direktors der Anstalt, Professor Seliger, unter dem Gesichtswinkel des Künstlerischen, Wissenschaftlichen und Pädagogischen gestellt werden. Die Zeitschrift soll dem „Archiv für Buchgewerbe“ beigelegt werden.

Steckbrief gegen Otto Stolle. Nach der „Buchdruckerwoche“ wird von der Staatsanwaltschaft der frühere Geschäftsführer der in Konlurs verfallenen Sächsischen Maschinenfabrikdruckerei, (S. m. b. H.), Buchdruckermeister Otto Stolle in Werda (G. a.) fleckweise verhaftet. Stolle, der sich seit 22. Dezember 1913 von Werda entfernt hat und dessen Aufenthalt unbekannt ist, soll sich, wie der „Bogländische Anzeiger“ mitteilt, bedeutender Beschäftigungen schuldig gemacht haben. (Hierzu eine Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 31 — Leipzig, den 17. März 1914

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Strafbare Schmiergeldverfehlung. Die zweite Strafammer des Landgerichts I in Berlin verhandelte kürzlich über einen Strafantrag, der vom Vereine gegen das Befechungsumwelen gegen einen Buchdruckereibeißen gestellt worden war, weil der letztere folgendes Inserat veröffentlicht hatte: „Angebot haben hohen Nebenverdienst durch Nachweis von Druckaufträgen (Diskretion)“. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß angesichts des weitverbreiteten Schmiergeldverfehlens das Inserat nicht anders zu verstehen sei, als daß der Angeklagte sich durch Befechung von Angestellten Aufträge verschaffen wollte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 50 Mk. Geldstrafe.

Parteiliche Tendenzen in Unternehmerkreisen auf dem Gebiete der Sozialversicherung. Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ steht in dem von den Gewerkschaftsblättern bekundeten Proteste gegen die Erdrückung der Selbstverwaltung der Krankenkassen, wie sie durch den Erlass der preussischen Regierung vom 18. Februar an die Dberversicherungsämter eingeleitet wurde, nur parteipolitische Verärgerung. Sie schreibt in Nr. 21: „Der geplante Raub der Selbstverwaltung der Kassen durch die Staatsbureaokratie“ regt die Gewerkschaftsverfehlung wohl nur deshalb so sehr auf, weil die Sozialdemokratie selbst den Ehrgeiz hatte, mit den Beamten auch die Verwaltung der Kassen zu haben.“ Es scheint demnach der Redaktion der „Zeitschrift“ nicht mehr verständlich zu sein, daß auch andere Arbeiterorganisationen als nur die Sozialdemokratie ein größeres Interesse an einem fortschrittlichen und möglichst selbständigen Ausbau der Sozialversicherung haben könnten. Daß die Gewerkschaften, ganz unabhängig von irgendeiner politischen Partei, in der Sozialversicherung nur eine selbstverwaltende, auf Grund der heutigen Wirtschaftsverhältnisse für den einzelnen Arbeiter wie für deren Gesamtheit unbedingt notwendige materielle Pflichterfüllung der gesamten Volkswirtschaft erblicken müssen und als die zunächst Beteiligten auch das größte Interesse daran haben, daß diese Einrichtungen als Gegengewicht gegen den ständig zunehmenden wirtschaftlichen Druck für die Arbeiterschaft mehr und mehr verfestigt werden, was nur durch weitgehendstes Mitbestimmungsrecht der Versicherten geschehen kann, das wird von jener Seite anscheinend nicht für möglich gehalten. Dafür pinelt man um so lustiger an der Ausmalung angeblicher parteipolitischer Tendenzen und denkt im Eifer des Gefechts gar nicht daran, daß eine solche klandestine Drapierung sozialwissenschaftlicher Bestrebungen mit dem „roten Luche“ gerade die Sozialdemokratie zur einzigen politischen Partei kempelt, die allein für die Arbeiterschaft noch etwas übrig hat. Das dürfte zwar nicht der Zweck der Übung sein, aber es ist die sichere Wirkung, wenn immer und immer wieder jede entschiedene Wahrnehmung der eignen Interessen oder freihelliche Regungen in Arbeiterkreisen als sozialdemokratisch etikettiert werden. Die Sozialdemokratie selbst wird für eine derartige Propaganda nur dankbar sein können.

Buchgewerbliche Submissionsblüten. Die „Nachrichten für das Fürstentum Lübeck“ (Bad Schwarau) brachten vor einiger Zeit folgende Notiz: „Des öftern sieht man in den Zeitungen über eigenartige Submissionsblüten. Unwillkürlich drängt sich, wenn man die gewaltigen Preisunterschiede sieht, die Ansicht auf: Haben die einzelnen Submittenten überhaupt rechnen gelernt oder nicht? Im Buchdruckgewerbe macht man sich gern über solche Submissionsblüten lustig. Da sollte man annehmen, daß in demselben solches gar nicht vorkommt. Aber weit gefehlt. Heute können wir mit neuen Preisunterschieden aufwarten. Der heilige Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs will keinen Führer im Neudruck erscheinen lassen. Hier forderte eine Berliner Firma 4000 Mk., Caspers in Verbindung mit Gebr. Borchers (Lübeck) 3000 Mk., König & Schardt (Hannover) 3000 Mk., Albrecht & Borchert (Lübeck) 2810 Mk., Coleman (Lübeck) 2600 Mk., Nahlgens (Lübeck) 2272,50 Mk. und Waelde (Lübeck) 2200 Mk. Für letzteren entschied sich die gestrige Vorstanderversammlung fast einstimmig. Also ein Unterschied in der höchsten und der niedrigsten Forderung von 1800 Mk.! Außer zwei Bewerbern waren alle, als sie hörten, daß sie nicht in die engere Wahl kämen, von ihren ursprünglichen Forderungen zurückgegangen. Der eine wollte den Führer hauptsächlich aus Reklame für sein Geschäft drucken; der andre, weil er gerade keine Arbeit für seine Maschinen hätte, weniger haben; der dritte, weil er ursprünglich den Umschlag zu hoch berechnet, und was dergleichen faule Ausreden mehr sind. Also so steht die Einigkeit im Buchdruckgewerbe aus. Typographia, verhandle dein Angeht!“

Kostbare Zeitungsanschriften. Nach einer Mitteilung des „Zeitungsverlags“ hat ein bekannter Londoner Journalist jüngst eine Versicherung abgeschlossen, die man ein zweites Mal wohl nicht so leicht finden wird. Er hat nämlich eine umfangreiche Sammlung von Zeitungsanschriften für 60000 Mk. verloren lassen. Alle leserwerten Anschriften hat er sich aufgehoben und genau registriert. Im Laufe der Jahre hat sich so begrifflicherweise eine Anzahl von einzelnen Zeilen angesammelt. Der Journalist hat ausgerechnet, daß er mit dieser Sammlung jedes Jahr ein paar tausend Mark verdient, da er die Anschriften für aktuelle Artikel usw. wieder benutzt. Und danach erscheint die Versicherungssumme von 60000 Mk. gegen Feuergefahr u. a. durchaus nicht zu hoch.

Preisermäßigung im Berliner Gewerkschaftshause. Die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses ist durch Zuwendung von privater Seite in die Lage versetzt worden, bis zum 1. Mai d. J. die für Gewerkschaftsmitglieder reservierten billigen Betten zu 45 und 55 Pf. mit einer Ermäßigung von 15 Pf., also für 30 und 40 Pf., abzugeben.

Zur Entwicklung der „Volkshilfe“. Im Laufe des Monats Februar wurden insgesamt 15181 Anträge aufgenommen. Davon für Kapitalversicherung 11930 Anträge mit einer Versicherungssumme von 2825281 Mk. Für die Spar- und Risikoversicherung gingen 3251 Anträge ein, wobei durch die letzteren 53454 Mk. versichert sind. Danach waren seit Geschäftsaufnahme (7. Juli 1913) bis 28. Februar 1914 zu erledigen 102602 Anträge mit einer Kapitalversicherungssumme von 18512007 Mk. und einer Risikoversicherungssumme von 689341 Mk.

Ärzte und Krankenkassen. Als Ergänzung zu der Notiz in voriger Nummer „Neuer Arztkonflikt?“ hätten wir noch nachzutragen, daß eine abermalige Aussprache zwischen den Vertretern der Ärzte und Krankenkassen im Reichsamte des Innern zu nähern Vereinbarungen über die Berechnung und Abführung der Kosten- und Beiträge zur Deckung der Blindenstiftungen für die „Hilfshelfer“ geführt hat. Als Stelle, an die die Beträge von den Kassen abgeführt werden sollen, wurde die königliche Preussische Seehandlung in Berlin bestimmt. Es fand dann eine ausgedehnte Besprechung über die kassenärztlichen Verhältnisse in einigen Orten statt, in denen zurzeit noch auswärtige Ärzte tätig sind, und es wurde beschlossen, umgehend erneut darauf zu wirken, daß auch an diesen Orten das Berliner Abkommen zur Geltung kommt. Die Vertreter der Kassenverbände erklärten, in diesem Sinne nachdrücklich weiter tätig sein zu wollen.

Unfälle des täglichen Lebens. Der große Senat des Reichsversicherungsamts hat am 26. Februar d. J. eine Entscheidung gefällt, die geeignet ist, einer alten Streitfrage zwischen Berufsgenossenschaften und Unfallverletzten, die schon sehr viel Unzufriedenheit verursacht hat, ein Ende zu machen. Aus der Begründung der betreffenden Entscheidung ist klar ersichtlich, um was es sich handelt, weshalb wir diese nach dem Wortlaute, wie er in der „Sozialen Praxis“ kürzlich veröffentlicht wurde, nachfolgend wiedergeben: „Ein Betriebsunfall ist gegeben, wenn der Verlesete der Gefahr, der er erlegen ist, durch die Betriebsbeschäftigung ausgesetzt war. Damit scheiden für die Haftung der Berufsgenossenschaften im allgemeinen aus: plötzliche Gesundheitschädigungen während der Betriebsbeschäftigung, die lediglich auf körperlicher Veranlagung beruhen und deshalb regelmäßig nicht als Unfälle gelten können; ferner Unfälle von Verleseten, wenn diese durch ihr Verhalten die Beziehungen zum Betriebe gelöst hatten oder eigenwirtschaftlich tätig waren. Der Begriff des Betriebsunfalls erfordert nicht, daß die Unfallgefahr eine besondere, dem Betrieb eigentümliche, oder daß der Verlesete ihr durch die Betriebsbeschäftigung in erhöhtem Maße ausgesetzt war. Andererseits liegt ein Betriebsunfall nicht schon dann vor, wenn ein schädigendes Ereignis mit der Betriebsbeschäftigung nur zufällig örtlich und zeitlich zusammenfällt, wie beispielsweise in der Regel bei Unfällen aus allgemein wirkenden Gefahren (Epidemien, Erdbeben, Überschwemmungen) oder bei vorsätzlichen Verletzungen, die durch Dritte aus rein persönlichen, gegen den Verleseten gerichteten Beweggründen erfolgten. Vielmehr bedarf es zur Annahme eines Betriebsunfalls auch des ursächlichen Zusammenhanges zwischen dem Betrieb und dem schädigenden Ereignis. Als Ursachen kommen dabei nicht schon lose und entfernt mit dem schädigenden Ereignis verbundene, sondern nur solche Umstände in Betracht, die nach Auffassung des praktischen Lebens „rechtlich beachtliche“ sind, d. h. zum Zustandekommen des Unfalls wesentlich beigetragen haben (zu vergleichen die Rekursentscheidung 2585, Amtliche Nachrichten des RM. 1912, Seite 930). Daraus folgt, daß die den Zwecken des Betriebs dienende Beschäftigung ursächlich im obigen Sinne beim Unfälle mitgewirkt haben muß, daß der Verlesete also infolge der Beschäftigung im Betriebe der Gefahr, der er erlegen ist, ausgesetzt wurde. Trifft dies zu, so stellen sich die sogenannten Gefahren des täglichen Lebens als Gefahren des Betriebs dar, und es werden daher die durch sie herbeigeführten Unfälle von der Unfallversicherung ebenso ergriffen wie andere Unfälle beim Betrieb. Ob hiernach der ursächliche Zusammenhang gegeben ist, muß von Fall zu Fall unter Abwägung des verschiedenen Wertes der Bedingungen des Erfolges geprüft werden.“

Ausgeperrte „Wirtschaftsfriedliche“. In dem Pergament- und Papierstoffwerk in Altona, an dem der Chefredakteur der „Deutschen Arbeiterzeitung“, v. Reisch, stark beteiligt ist, wurden alle Arbeiter entlassen, die trotz ihrer Zugehörigkeit zu den Gelben nicht alle Menschenwürde verloren hatten und noch den Mut fanden, für ihre Arbeit einen einigermaßen auskömmlichen Lohn zu fordern. Damit hat der „staatsverfallende“ Leiter der „Deutschen Arbeiterzeitung“ praktisch bewiesen, daß hinter seinen großen Lobreden für die vaterländischen, nationalen, arbeitswilligen, wirtschaftsfriedlichen und gelben Arbeiterorganisationen weder eine Vaterlandsliebe noch Nationalgefühl, weder Arbeitsfreude noch Wirtschaftsfriedlichkeit stecken, sondern

nachter Egoismus, die Liebe zum eignen Geldbeutel. Wenn das schon der geistige Leiter der Gelbenproleten in solcher Weise zu erkennen gibt, was soll man dann Besseres von jenen erwarten, die als Schlingel und Förderer der Gelben sich weniger verausgaben? Ihre vaterländischen und wirtschaftsfriedlichen Gefühle werden zweifellos nur noch um einige Grade materialistischer sein. Denn wenn schon die Gelben ausgeperrt werden, dann bleibt doch überhaupt kein Mensch mehr übrig, der den Scharfmachern noch in Hinsicht auf Demut und Bedürfnislosigkeit genügen könnte.

Dienstbotenentfernen auf Kosten der Invalidenversicherung. In der Februarnummer der amtlichen Nachrichten der Landesversicherungsanstalt Hannover ist in einer Abhandlung über das Heilverfahren folgender schöne Satz zu lesen: „Für Dienstboten wird vielfach das Heilverfahren für eine Zeit beantragt, in der die Dienstherrschaften auf Reisen sind.“ Das zeugt von einer wirklich „rührenden“ Fürsorge der Dienstherrschaften für — sich selbst. Für die Zeit der eignen Ferien dem Mädchen den Lohn und das Kostgeld weiterzahlen, das wollen die Herrschaften nicht. Die Kosten und vor allen Dingen die Unannehmlichkeiten, die ein Wechsel in der Person des Sausangestellten mit sich bringt, wollen sie auch nicht in den Kauf nehmen; also üben sie Fürsorge und schicken das Mädchen, wenn es übergibt, in eine Heilanstalt — aber auf Kosten der Versicherung. Ja, die armen Dienstgeber sind erfinderisch in der Sorge für ihren Geldbeutel! Die Landesversicherungsanstalt Hannover hat allerdings nicht das „richtige“ Verständnis für diese Art der Fürsorge, und sie fordert in allen Fällen, „wenn die Herrschaften während des Heilverfahrens ihrer Dienstboten verreiselt sind und einer Verletzung für letztere nicht bedürfen, von der Herrschaft einen dem Kostgeld entsprechenden fäglichen Zuschuß zu den Heilverfahrenskosten, der bis auf weiteres auf 1 Mk. festgesetzt ist.“

Wirkungen der Stundlospolitik. Die Aktiengesellschaft Phönix in Hörde zählt zu den erfolgreichsten Bergbau- und Hüttengesellschaften in Deutschland. Sie besitzt drei große Hochofenzüge, mehrere Eisenerzgruben und zehn Eisenhütten. Dieser Besitz repräsentiert einen Wert von 132 Millionen Mark, wofür aber auch wahre Riesengewinne ab. In den letzten drei Jahren betragen die Überschüsse: 1911: 33 Mill. Mk., 1912: 37 Mill. Mk. und 1913: 42 Mill. Mk. Dividenden wurden verteilt im Jahre 1911: 15 Proz., in den letzten zwei Jahren 18 Proz. Gest wird die „Phönix“ die eine ihrer zehn Eisenhütten stilllegen, und zwar das Hochofenwerk zu Kupferdreh an der Ruhr. Die eigentliche Veranlassung dazu hat das Roh-eisenfundat gegeben, das zur Vermeidung von Preisrückgängen die Eisenerzeugung gern eingeschränkt sehen möchte. Weil sich aber eine Kapitalistengruppe von der Art untrer Eisenindustriellen nicht ohne weiteres einer Bescheidung ihres Profits unterwirft, mußte das Eisenfundat in den Beutel greifen. Und es griff ziemlich tief hinein: 650000 Mark hat es nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ der „Phönix“ für die Stilllegung der Hütte Kupferdreh zahlen müssen. Der Vorstand des Roh-eisenfundats hat sich vielleicht auf seine Politik etwas eingebildet. Die Freude dürfte aber nicht lange währen, denn wie verlaufen, will die „Phönix“ den Betrieb ihres Hüttenwerks in Bergedorf so viel erweitern, daß keine Verringerung, sondern eine starke Vermehrung ihrer Eisenerzeugung die Folge ist. Hinsichtlich so ging es übrigens vor einigen Jahren dem Kohlenfundat. Das kaupte zur Einschränkung der Konkurrenz für 860000 Mk. 100 Hochofen auf Abbruch und mußte dann erleben, daß die ausgekaufte Gesellschaft im Zustande neue Kokereien baute und nun erst recht dem deutschen Teer und Ammoniak Konkurrenz machte.

Versehiedene Eingänge.

„Mitteilungen.“ Herausgegeben von der Zentralkommission der Stereotypie und Galvanoplastik Deutschlands. Nr. 2. Fünfter Jahrgang. Inhalt: Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik einschließlich Photographie. — Die Galvanoplastik. — Stereotypieanfall. Sämtliche Zuschriften sind an Emil Teetz in Berlin C 2, Breite Straße 8,9, zu richten.

„Technische Mitteilungen.“ Herausgegeben von der Zentralkommission der Maschinenleher Deutschlands. Jahrgang 1914. Nr. 114. Inhalt: Über Preßluft an der Monotypie. — Einige Typographiegerätschaften. — Anschau. Die „T. M.“ erscheinen am 1. jeden Monats. Bestellungen sind unter Vorhinderung des Betrags (13 Pf. bei portofreier Zufendung) nur zu richten an Paul Richenhain, Neudöhlen, Schillerpromenade 9 IV. — Redaktionelle Mitteilungen abfertigen man: A. Böbe, Berlin SW 29, Willibald-Alexis-Straße 34 III.

„Russischer Buchdruckerkalender für 1914.“ Herausgegeben von D. Markson. Der Kalender ist in russischer Sprache gedruckt und enthält, neben kalendariischen Berechnungen allgemeiner und gewerblicher Natur, verschiedene Alphabete, mehrere Ziffernsysteme, Schriftkastenspläne, Anleitung zum Ausschleichen, Angaben über den goldenen Schnitt, Vergleichstabellen der verschiedensten Maße und Gewichte, Organisations- und Anfertigungsverzeichnisse, Fabrikgesetze und Tarife. Zu beziehen ist der

Kalender von H. Markson in St. Petersburg, Molha 104/1, Quartier 15. Über den Preis liegen keine Angaben vor.

„Die Wunder der Natur.“ Ein populäres Prachtwerk über die Wunder des Himmels, der Erde, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Lebens in den Tiefen des Meeres. Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner des In- und Auslandes. Mit etwa 1500 Illustrationen, darunter 130 bunte Beilagen. 65 Lieferungen à 60 Pf. Lieferungen 44—49. Zu beziehen durch das Deutsche Verlagshaus Bong & Co. in Berlin, W 57, Potsdamer Straße 88.

„Kreuz und quer durch den Balkan.“ Reisebilder von Ludwig Geisen. Mit Federzeichnungen von Ilse Schübeler-Schur. Gebunden 1,50 Mk. Verlag der „Vorwärts“-Buchhandlung in Berlin SW 68, Lindenstraße 69.

„Grundzüge des Kommunismus.“ Eine gemeinverständliche Darlegung von Friedrich Engels. Aus dessen Nachlaß herausgegeben von Eduard Bernstein. Preis 20 Pf. Verlag der „Vorwärts“-Buchhandlung in Berlin SW 68, Lindenstraße 69.

Briefkasten.

F. F. in Stuttgart: Den gesuchten Bericht finden Sie in Nr. 29. — M. S. in D.: Für diesmalige Zustellung ebenfalls kollegialen Dank. — M. S. in M.: Die Kombinationen des „Lop.“ über die Leipziger Versammlung und was in Leipzig beabsichtigt oder unternommen sein soll, lassen die Firma Schwindelmeier & Co. wieder als riesig leistungsfähig erscheinen. Mehr können wir Ihnen vorderhand auch nicht sagen. Vgl. Hinweis in voriger Nummer. — S. D. in Stade: Genannter Kollege konditioniert in Leipzig (Druckereigesellschaft m. b. H., Friedrich-Liess-Strasse 19). — E. R. in Zürich: Werden zugefandene Artikel ungefähr zu dem Zeitpunkt bringen wie den vorjährigen; denn sonst gekümmerten Wünsche werden wir dann auch entsprechen. — E. W. in Stuttgart: 9,05 Mk. — M. S. in Eisenach: 2 Mk. — M. Sch. in Dortmund: 2,15 Mk.

Jur genauesten Beachtung! Wer an den „Korr.“ etwas zu veröffentlichen oder beim „Korr.“ etwas anfragen hat, muß unter allen Umständen ein folgendes beachten:

1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten beschreiben;
2. Kleine Zettel und auch keine Zettelchen verwenden;
3. Nicht zu eng schreiben, damit redaktionelle Änderungen oder stilistische Verbesserungen vorgenommen werden können;
4. Durch Streichungen, Abänderungen oder Zusammenfassungen nicht das Manuskript unlesbar machen;
5. Namen und Ziffern recht deutlich schreiben;
6. Berichte von Vorstehenden gegengelesen lassen und Zeilen für einen Ausweis über die Mitgliedschaft zum Verbandsbeilagen!
7. Einlieferungsfrist für Berichte eine Woche nach Stattfinden der betreffenden Versammlung;
8. Nichtig frankieren, da sonst Annahme verweigert werden muß und durch Rücksendung dann unangenehme Verzögerung der Aufnahme eintritt;

9. Die Sperrung von Druckereien infolge entstandener Differenzen erfolgt nur durch besondere Bekannmachung des Verbandsvorsitzandes. Mitteilungen über den Ausbruch von Konflikten sind daher nicht an die Redaktion, sondern nur an erstere Adresse zu richten. Im „Korr.“ kann erst nach voraufgegangener Bekannmachung durch den Verbandsvorstand eine nähere Schilderung der Differenzen erfolgen;
10. Anfragen an den „Korr.“ dürfen nicht Auslegungen des Verbandsstatuts oder des Statuts zum Gegenstand haben, auch dürfen sie sich nicht auf Dinge beziehen, die völlig außerhalb des Gewerbes und Berufs liegen, denn der „Korr.“ ist kein allgemeines Austauschbureau. Schriftliche Antworten werden überhaupt nicht erteilt, auch nicht, wenn Freimarken der Anfrage beigelegt sind;
11. Redaktions- und Anzeigenliste: für die Dienstage Nummer am Sonnabend früh, die Donnerstage Nummer am Dienstag früh und die Sonnabende Nummer am Donnerstag früh.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsilppol 5 II.
Sprechsprecher: Alud Kurfürst, Nr. 1191.

Erzgebirge-Vogtland. Der bereits in Nr. 12 veröffentlichte Geber Paul Kähler aus Aluma hat sich durch schwindelhafte Angaben in Annaberg eine Bescheinigung ausstellen lassen, wonach er sein Buch verloren habe. Kaiser ist bereits im Herbst 1913 in Böhmen ausgeschossen worden und wollen ihm die Vertrauensleute die Bescheinigung beim Vorgehen wieder abnehmen.

Braunschweig. Der Drucker Hermann Wolf (Hauptbuchnummer 81143), von hier Ende Dezember mit Resten abgereist (seht in Sorau, Nr. 2), in Kondition), wird aufgefordert, seine Reste schnellstens einzuliefern an H. Schöne-mann, Helmstedter Straße 84, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

Adressenveränderungen.

Machen. (Maschinenleherbezirksvereinigung.) Vorstehender: Karl Herkholz, Harstammpfahle 16.
Soslar a. Harz. (Maschinenmeisterklub.) Vorstehender und Kassierer: Otto Kunkeln, Mauerstraße 63 II.
Kreuznach. Vorstehender: Fritz Röder, Kirchgasse 5.
Rissa i. P. Vorstehender und Kassierer: Johann Gschuch, Bismarckstraße 15/17.
Mühlhausen i. Cgl. Vorstehender: Ed. Alb. Meyer, Gehweiler Straße 15.
Neumarkt (Dopl.). Vorstehender: Hans Reilmeyer, Löwenstraße 2.
Baderborn. Alle Zuschriften sind bis auf weiteres an den Kollegen Jos. Honerovogt, Kiliansstraße 12, zu richten.
Sorau (M.-L.). Vorstehender: Johann Kaczyna, Schmidtsstraße 1 III; Kassierer: Paul Sienczka, Niederstr. 39 III.
Sossen. Bis auf weiteres sind alle Zuschriften und Sendungen für Bezirk und Ort an den Kollegen Karl Grobe, Kirchplatz 10, zu richten.

Zur Aufnahme gemeldet

(Anwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
Im Gau Bayern der Geber 1. Alfred Rüdiger, geb. in Kändler b. Limbach 1887, ausgl. 1905; 2. Joseph Schlarnhauser, geb. in München 1892, ausgl. dal. 1910; 3. der Drucker Hannibal Wagner, geb. in München 1887, ausgl. dal. 1906; waren schon Mitglieder. — Joseph Seitz in München, Holzstraße 24 I.
Im Gau Hannover der Geber Georg Pieper, geb. in Hannover 1882, ausgl. in Bremen 1900; war schon Mitglied. — G. Pfingsten in Hannover, Emilitenstraße 3.
Im Gau Osterland-Schüringen 1. der Geber Heinrich Dupuis, geb. in Odershausen 1888, ausgl. in Odershausen 1906; war schon Mitglied; 2. der Schweizerdegen Hermann Stuhl, geb. in Plauke i. Schür. 1894, ausgl. in Schlotheim 1913; war noch nicht Mitglied. — Emil Prox in Weimar, Laffenstraße 44 III.
Im Gau Posen der Geber Karl Belhke, geb. in Spandau 1893, ausgl. in Sempfin (Udmermark) 1912; war noch nicht Mitglied. — Felix Wagner in Posen, Königsplatz 5.

Im Gau Rheinland-Westfalen 1. der Geber Hermann Esch, geb. in Düsseldorf 1896, ausgl. dal. 1913; 2. der Schweizerdegen Alfred Kreis, geb. in Düsseldorf 1893, ausgl. in Radevormwald 1912; 3. der Drucker Joseph Kritz, geb. in Enz b. Wilsen (Böhmen) 1895, ausgl. in Düsseldorf 1914; waren noch nicht Mitglieder; die Geber 4. Wilhelm Foffen, geb. in Düsseldorf 1869, ausgl. dal. 1887; 5. Otto Meyer, geb. in Seeben 1887, ausgl. in Salzwedel 1905; 6. Hellmut Brandenburg, geb. in Schneidemühl 1890, ausgl. in Jastrow 1908; die Drucker 7. Johann Klein, geb. in Homfel a. Rh. 1890, ausgl. in Düsseldorf 1908; 8. Peter Stever, geb. in M. Gladbach 1882, ausgl. in Düsseldorf 1900; waren schon Mitglieder. — Emil Albrecht in Köln, Gereonsstr. 28.
Im Gau In der Saale der Korrektor Hermann Niemann, geb. in Wehlar 1862; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. S., Al. Klausstraße 7 I.

Im Gau Schlesien der Geber Eduard Popp, geb. in Gleiwitz 1881, ausgl. dal. 1902; war noch nicht Mitglied. — Karl Fiedler in Breslau, Kupferschmiedestraße 7.

Veranstaltungskalender.

Dresden. Rotationsmaschinenmeisterverammlung Sonntag, den 22. März, nachmittags 4 Uhr, in der „Bürgerhäuser“, Palmstraße.
Düsseldorf. Vertrauensmannerverammlung Mittwoch, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Karlshäuser Hof“.
Essen (Rubr.). Maschinenleherbezirksverammlung Sonntag, den 29. März, vormittags 10 Uhr, in Gelsenkirchen. Anträge bis 20. März an den Vorstehenden.
Glogau. Bezirksverammlung Sonntag, den 26. April, in Neusalz a. d. Oder. Anträge bis 12. April an den Vorstehenden.

„Klopffholz“ Stuttgart

Sonnabend, den 21. März, von abends pünktlich 7 1/2 Uhr ab im „Saalbau Dinkelacker“: [367]

40. Stiftungsfest

bestehend in Konzert, Gesang, szenischem Prolog und Theater.

Ein gemutvoller Abend wird in Aussicht gestellt. Programme für Nichtmitglieder sind nur durch unsere Druckereikassierer erhältlich (a Person 60 Pf.). Abends an den Kassen werden keine Programme mehr verabfolgt. Unsere verehrlichen Ehrenmitglieder und Mitglieder mit Familien sowie die Verbandskollegen sind zu zahlreichem Besuche freundlichst eingeladen.

Der Ausschuß.

Maschinenmeister

für 11. Qualitätsarbeiten, Katalog-, Autotyp-, Mehrfarbendruck, in dauernde Stellung für bald gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsforderung und Angabe des frühesten Eintrittstermins erbeten an die Geschäftsstelle d. Bl. unter Nr. 370.

Gesucht wird ein im Autotypdruck erfahrener Jüngerer [357]

Maschinenmeister

nach St. Petersburg (Rubland). Derselbe hat Gelegenheit, sich auf Illustrationsrotation einzuarbeiten. Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften, Lohnansprüchen, Altersangabe und Familienverhältnissen unter „Carra“ zu richten an die Zentralannoncenexpedition H. & C. Mehl & Co., St. Petersburg, Morschaj 1 I.

Buchdruckerei

in bayer. Großstadt zu verkaufen (Druck eines Wochenblattes, gute Vereinsabteilung). Sofort sichere Erlöse. Preis 8000 Mk. Anfragen unter Nr. 360 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Faktor

gesucht mit Einlage von 6—8000 Mk. gegen Sicherstellung. Antritt: 1. April. Off. unter Nr. 235 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Autotypsetzer, 12jährige Praxis, verb., sucht in München dauernde Stellung. Prima Zeugnisse u. Ref. Off. unt. Nr. 359 an die Geschäftsst. dies. Bl. erb.

Züchtiger

Matrizenbohrer

von großer süddeutscher Schriftsetzerei sofort gesucht.

Bewerbungen mit Lohnansprüchen, Altersangabe und Zeugnisabschriften unter B. 2221 an Kaasensfeld & Vogler, H.-O., Frankfurt a. Main. [366]

Seilenmaß

mit sämtlichen Einstellungen 20 Pf. C. Fröh, Frankfurt am Main 3.

Danziger Buchdrucker-Gesangverein (B. d. D. B.)

Gegründet 1888

Offertag, den 12. April, abends 7 Uhr, im „Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus“:

Feier des 25jährigen Bestehens

Vokal- und Instrumentalkonzert. Ehrung der Gründer. Darbietungen ersten und zweiten Inhalts. Hieran anschließend: Großer Festball.

Montag, den 13. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerbepalais“, Sellige Gasse:

Musikalischer Frühstücken

(Nur für Vereinsmitglieder und die auswärtigen Kollegen.)

Die Kollegen, besonders alle ehemaligen Mitglieder des Vereins, werden zu diesem Feste hiermit freundlichst eingeladen.

Anmeldungen bis zum 25. März an Vorstehenden Bernhard Rödel, Doggenplatz 28, erbeten, damit die Teilnehmertickets rechtzeitig zugesandt werden können.



Teilzahlung

Uhren und Goldwaren, Photo-, optische Artikel, Sprechmaschine, Musikinstrumente, Spielwaren, Zithern usw.

Kataloge gratis und franco liefern

BERLIN A. 407
Jonass & Co. Belle-Alliancestr. 3

H. MATHAEUS

DESSAU
Flossergasse 46
Katalog gratis u. fr.

Mhlen und Pinzetten, Werkzeuge für Tonplattenfertigung, Gehörulnen empfohlen. A. Stegl, München 2, Holzstraße 7. Katalog gratis. [624]

Bierkrug

mit hochsein handgemalten und ein-gebrannten Buchdruckerempen und Inschrift: „Verband der Deutschen Buchdrucker“, mit hohem oder flachem Reichszinndeckel, 1/2 Liter 4,50 Mk., 1/4 Liter 6 Mk., Namensgravierung 50 Pf. Zu Jubiläums- und sonstigen Gelegenheiten vorzüglich geeignet. Katalog gratis! Zu beziehen durch A. Stegl, München 2, Holzstraße 7.

Am 11. März entschließ nach langem Augenleiden der Maschinenmeister [369]

Heinrich Caspers

aus Dülmen, im Alter von 33 Jahren. Wir verlieren in dem Hinscheiden ein treues Mitglied, einen guten Freund und Kollegen. Ehre seinem Andenken!

Der Ortsverein Dortmund.

Am 13. März, abends 10 1/2 Uhr, verschied ganz plötzlich und unerwartet unser werter Kollege, der Maschinenleher

Karl Kramer

im Alter von 54 Jahren. [368]
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Eisenach.